

**Akkreditierungsbericht zum Akkreditierungsantrag der
Universität Augsburg
Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät
(1497-xx-2)**



78. Sitzung der Ständigen Akkreditierungskommission am 22.11.2016

TOP 6.04

Studiengang	Abschluss	ECTS	Regel- studienzeit	Studienart	Kapazität	Master	
						konsekutiv/ weiterbild.	Profil
Sozialwissenschaften	B.A.	180	6	Vollzeit	150	--	--
Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft	M.A.	120	4	Vollzeit	60	k	--
Medien und Kommunikation	B.A.	180	6	Vollzeit	45	--	--
Medien und Kommunikation	M.A.	120	4	Vollzeit	20	k	f

Vertragsschluss am: 18.05.2015

Datum der Vor-Ort-Begutachtung: 13.05.2016

Ansprechpartner der Hochschule:

Christian Eibl, Universität Augsburg, Qualitätsagentur, 86135 Augsburg, christi-an.eibl@qa.uni-augsburg.de, <http://www.uni-augsburg.de/de/einrichtungen/qa/Kontakt/>

Betreuender Referent der ZEVA: Dr. Jürgen Petersen

Gutachter/-innen:

- Prof. Dr. Martin Emmer, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Professur für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit dem Schwerpunkt Mediennutzung (Wissenschaftsvertreter)
- Prof. Dr. Stephan Stetter, Universität der Bundeswehr München, Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft, Professur für Internationale Politik und Konfliktforschung; Dekan der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften (Wissenschaftsvertreter)
- Prof. Dr. Dariusz Zifonun, Philipps-Universität Marburg, Fachbereich 03: Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Soziologie, Professur für Soziologie mit den Schwerpunkten Sozialstrukturanalyse und Konfliktsoziologie (Wissenschaftsvertreter)

Inhaltsverzeichnis

- Richard A. Fuchs, Redakteur und freier Journalist, u.a. Korrespondent Deutsche Welle (Hauptstadtstudio Berlin), Lehrbeauftragter an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft Berlin (Vertreter der Berufspraxis)
- Freya Peez, Studium Soziologie und Empirische Sozialforschung (Master), Universität zu Köln (Vertreterin der Studierenden)

Hannover, den 11.10.2016 (ergänzt am 02.12.2016)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I-3
I. Gutachtertutum und SAK-Beschluss	I-5
1. SAK-Beschluss vom 22.11.2016	I-5
2. Abschließendes Votum der Gutachter/-innen	I-7
2.1 Allgemein	I-7
2.2 Sozialwissenschaften (B.A.)	I-8
2.3 Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)	I-8
2.4 Medien und Kommunikation (B.A.)	I-9
2.5 Medien und Kommunikation (M.A.)	I-10
II. Bewertungsbericht der Gutachter/-innen	II-1
Einleitung und Verfahrensgrundlagen	II-1
1. Studiengangsübergreifende Aspekte	II-2
1.1 Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse	II-2
1.2 Konzeption und Inhalte der Studiengänge	II-3
1.3 Studierbarkeit.....	II-3
1.4 Ausstattung.....	II-4
1.5 Qualitätssicherung	II-5
2. Sozialwissenschaften (B.A)	II-7
2.1 Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse	II-7
2.2 Konzeption und Inhalte des Studiengangs	II-8
2.3 Studierbarkeit.....	II-10
2.4 Ausstattung.....	II-11
2.5 Qualitätssicherung, Weiterentwicklung.....	II-13
3. Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)	II-14
3.1 Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse	II-14
3.2 Konzeption und Inhalte des Studiengangs	II-15
3.3 Studierbarkeit.....	II-17
3.4 Ausstattung.....	II-18
3.5 Qualitätssicherung, Weiterentwicklung.....	II-18
4. Medien und Kommunikation (B.A.)	II-20
4.1 Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse	II-20
4.2 Konzeption und Inhalte des Studiengangs	II-21

Inhaltsverzeichnis

4.3	Studierbarkeit.....	II-24
4.4	Ausstattung.....	II-25
4.5	Qualitätssicherung, Weiterentwicklung.....	II-26
5.	Medien und Kommunikation (M.A.)	II-28
5.1	Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse	II-28
5.2	Konzeption und Inhalte des Studiengangs	II-29
5.3	Studierbarkeit.....	II-30
5.4	Ausstattung.....	II-31
5.5	Qualitätssicherung, Weiterentwicklung.....	II-31
6.	Erfüllung der Kriterien des Akkreditierungsrates	II-33
6.1	Qualifikationsziele des Studiengangskonzeptes (Kriterium 2.1)	II-33
6.2	Konzeptionelle Einordnung der Studiengänge in das Studiensystem (Kriterium 2.2)...	II-33
6.3	Studiengangskonzepte (Kriterium 2.3)	II-35
6.4	Studierbarkeit (Kriterium 2.4).....	II-36
6.5	Prüfungssystem (Kriterium 2.5).....	II-37
6.6	Studiengangsbezogene Kooperationen (Kriterium 2.6)	II-37
6.7	Ausstattung (Kriterium 2.7).....	II-37
6.8	Transparenz und Dokumentation (Kriterium 2.8)	II-37
6.9	Qualitätssicherung und Weiterentwicklung (Kriterium 2.9)	II-38
6.10	Studiengänge mit besonderem Profilanspruch (Kriterium 2.10)	II-38
6.11	Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit (Kriterium 2.11)	II-38
III.	Appendix.....	III-1
1.	Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016	III-1

I. Gutachtert看tum und SAK-Beschluss

1. SAK-Beschluss vom 22.11.2016

Die SAK stimmt dem Bewertungsbericht der Gutachtergruppe zu und nimmt die Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016 zur Kenntnis. Sie sieht die Mängel hierdurch aber noch nicht als behoben an.

Die SAK beschließt die folgende studiengangsübergreifende Auflage.

1. *Die Hochschule bzw. die Fakultät muss ein Konzept zur systematisierten Lehrevaluation vorlegen. (Kriterium 2.9, Drs. AR 20/2013)*

Sozialwissenschaften (B.A.)

Die SAK beschließt die Akkreditierung des Studiengangs Sozialwissenschaften mit dem Abschluss Bachelor of Arts mit der oben genannten allgemeinen Auflage und der folgenden Auflage für die Dauer von sieben Jahren.

2. *Die Struktur und Inhalte der einzelnen Nebenfächer (Sprache oder benachbarte Disziplin in der Modulgruppe „Wahlfach-/Sprachenmodule“) müssen dokumentiert werden. (Kriterien 2.3, 2,8 Drs. AR 20/2013)*

Die Auflagen sind innerhalb von 9 Monaten zu erfüllen. Die SAK weist darauf hin, dass der mangelnde Nachweis der Auflagenerfüllung zum Widerruf der Akkreditierung führen kann.

Diese Entscheidung basiert auf Ziff. 3.1.2 des Beschlusses des Akkreditierungsrates „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“. (Drs. AR 20/2013)

Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)

Die SAK beschließt die Akkreditierung des Studiengangs Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft mit dem Abschluss Master of Arts mit der oben genannten allgemeinen Auflage und der folgenden Auflage für die Dauer von sieben Jahren.

3. *In der Modulbeschreibung muss transparent dokumentiert werden, was Aufgabe und Struktur des Moduls „Forschungsseminar“ ist und wie es sich in den Lernzielen vom Masterarbeitsmodul unterscheidet. (Kriterium 2.3, Drs. AR 20/2013)*

Die Auflagen sind innerhalb von 9 Monaten zu erfüllen. Die SAK weist darauf hin, dass der mangelnde Nachweis der Auflagenerfüllung zum Widerruf der Akkreditierung führen kann.

Diese Entscheidung basiert auf Ziff. 3.1.2 des Beschlusses des Akkreditierungsrates „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“.

I Gutachtervotum und SAK-Beschluss

1 SAK-Beschluss vom 22.11.2016

kreditierung“. (Drs. AR 20/2013)

Medien und Kommunikation (B.A.)

Die SAK beschließt die Akkreditierung des Studiengangs Medien und Kommunikation mit dem Abschluss Bachelor of Arts mit der oben genannten allgemeinen Auflage und den folgenden Auflagen für die Dauer von sieben Jahren.

- 4. Das Praktikumsmodul muss mit einer Leistung (ggf. unbenotet) abschließen; hier empfiehlt sich ein reflektierender und dokumentierender Praktikumsbericht. (Kriterium 2.3, Drs. AR 20/2013)*
- 5. In der Prüfungsordnung muss der konkrete Arbeitsaufwand für einen ECTS-Punkt eindeutig innerhalb der Spannbreite von 25 bis 30 Stunden definiert werden. (Kriterium 2.2, Drs. AR 20/2013)*

Die Auflagen sind innerhalb von 9 Monaten zu erfüllen. Die SAK weist darauf hin, dass der mangelnde Nachweis der Auflagenerfüllung zum Widerruf der Akkreditierung führen kann.

Diese Entscheidung basiert auf Ziff. 3.1.2 des Beschlusses des Akkreditierungsrates „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“. (Drs. AR 20/2013)

Medien und Kommunikation (M.A.)

Die SAK beschließt die Akkreditierung des Studiengangs Medien und Kommunikation mit dem Abschluss Master of Arts mit der oben genannten allgemeinen Auflage und der folgenden Auflage für die Dauer von sieben Jahren.

- 6. In der Prüfungsordnung muss der konkrete Arbeitsaufwand für einen ECTS-Punkt eindeutig innerhalb der Spannbreite von 25 bis 30 Stunden definiert werden. (Kriterium 2.2, Drs. AR 20/2013)*

Die Auflagen sind innerhalb von 9 Monaten zu erfüllen. Die SAK weist darauf hin, dass der mangelnde Nachweis der Auflagenerfüllung zum Widerruf der Akkreditierung führen kann.

Diese Entscheidung basiert auf Ziff. 3.1.2 des Beschlusses des Akkreditierungsrates „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“. (Drs. AR 20/2013)

2. Abschließendes Votum der Gutachter/-innen

2.1 Allgemein

2.1.1 Allgemeine Empfehlungen:

- Die bewerteten Studiengänge sind weitgehend in ihren jeweiligen Instituten verortete Angebote mit noch relativ geringen Kooperationen im Bereich der Lehre. Instituts-übergreifende Initiativen sind deshalb besonders unterstützenswert und sollten weiter ausgebaut werden.
- Die Regeln und auch die genauen Zahlen zur Inanspruchnahme von Studienplätzen durch ‚Incomings‘ und ‚Outgoings‘ sollten spezifiziert bzw. transparenter gestaltet werden.
- Die Regeln in den Prüfungsordnungen zur Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten sollte für die *Studiengänge „Medien und Kommunikation“* auch nicht formal nachweisbare (Prüfungs-) Leistungen einschließen.
- Die Hochschule sollte eine Evaluationsordnung erstellen und implementieren, um die intendierten Prozesse der Qualitätssicherung zu verankern. Dabei sollten offenbar noch bestehenden Vorbehalte gegen eine zu starke Formalisierung der Qualitätssicherung in Zusammenarbeit von zentralen und dezentralen Akteuren abgebaut werden. Am Institut für Medien, Wissen und Kommunikation sollte zudem geprüft werden, ob eine Doppelung von Befragungen vermieden werden kann, beispielsweise durch eine Zusammenführung von zentraler und dezentraler Studierendenbefragung.
- Die Hochschule sollte dafür Sorge tragen, dass Daten zum Studienverlauf und Studienerfolg differenziert erhoben und den Verantwortlichen in Dekanaten und Studiengangsleitungen zur Verfügung gestellt werden.
- Während der Anteil weiblicher und männlicher Studierender in den beiden *sozialwissenschaftlichen Studiengängen* weitgehend ausgeglichen ist, ist der Anteil ersterer in den beiden Studiengängen der *Medien und Kommunikation* hingegen sehr hoch. Maßnahmen zur Motivation und Unterstützung auch männlicher Studieninteressierte bzw. Studierender sollten aus Sicht der Gutachtergruppe weiter intensiviert werden.

2.1.2 Allgemeine Auflage:

- Die Hochschule bzw. die Fakultät muss ein Konzept zur Etablierung einer systematisierten Lehrevaluation vorlegen. (Kriterium 2.9, Drs. AR 20/2013)

2.2 Sozialwissenschaften (B.A.)

2.2.1 Empfehlungen:

- Die Gutachtergruppe sieht es als sehr wünschenswert an, den Umgang mit Auswertungssoftware im Rahmen von quantitativen und qualitativen Methoden schon im Bachelorstudium zu vermitteln. Hier sollten mit hoher Dringlichkeit entsprechende Ressourcen vorgesehen werden.
- Für eine systematische Auswertung, Dokumentation und Zugänglichkeit von Praktika-Erfahrungen sollten entsprechende Instrumente geschaffen werden.
- Die Gutachtergruppe empfiehlt dringend, die Informationen zum (weiterentwickelten) Bachelorstudiengang auf der Homepage der Fakultät bzw. des Instituts klarer strukturiert und an einer zentralen Stelle anzubieten.
- Für den Bachelorstudiengang sollte (entsprechend dem Masterstudiengang) eine Koordinations-Dauerstelle eingerichtet werden.

2.2.2 Akkreditierungsempfehlung an die Ständige Akkreditierungskommission (SAK)

Die Gutachter/-innen empfehlen der SAK die Akkreditierung des Studiengangs Sozialwissenschaften mit dem Abschluss Bachelor of Arts mit der oben genannten allgemeinen Auflage und der folgenden Auflage für die Dauer von sieben Jahren.

- Die Struktur und Inhalte der einzelnen Nebenfächer (Sprache oder benachbarte Disziplin in der Modulgruppe „Wahlfach-/Sprachenmodule“) müssen dokumentiert werden. (Kriterium 2.3, Drs. AR 20/2013)

Diese Empfehlung basiert auf Ziff. 3.1.2 des Beschlusses des Akkreditierungsrates „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“. (Drs. AR 20/2013)

2.3 Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)

2.3.1 Empfehlungen:

- In der Darstellung des Studiengangs nach innen und außen sollte deutlicher werden, was den Kernbegriff ‚Konflikt‘ im Kontext der beteiligten Fächer und Forschungs-/Lehrschwerpunkte ausmacht. Weiterhin sollten gerade die beiden bisher profilbildenden Bereiche Friedens- und Konfliktforschung sowie Diskursforschung in den Studiengangszielen und im Studiengangskonzept deutlicher herausgestellt werden und erkennbar sein, dass Inhalte und Kompetenzen aus beiden Bereichen auch wei-

terhin zum zentralen Lehrkanon des neuen Studienganges gehören.

- Die Gutachtergruppe sieht es als nachdrücklich empfehlenswert an, den Umgang mit Auswertungssoftware im Rahmen von quantitativen und qualitativen Methoden zu vermitteln. Hier sollten mit hoher Dringlichkeit entsprechende Ressourcen vorgesehen werden, vor allem im Rahmen der Vermittlung entsprechender Kenntnisse in Lehrveranstaltungen wie auch für Studierendenlizenzen.

2.3.2 Akkreditierungsempfehlung an die Ständige Akkreditierungskommission (SAK)

Die Gutachter/-innen empfehlen der SAK die Akkreditierung des Studienganges Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft mit dem Abschluss Master of Arts mit der oben genannten allgemeinen Auflage und der folgenden Auflage für die Dauer von sieben Jahren.

- In der Modulbeschreibung muss transparent dokumentiert werden, was Aufgabe und Struktur des Moduls „Forschungsseminar“ ist und wie es sich in den Lernzielen vom Masterarbeitsmodul unterscheidet. (Kriterium 2.3, Drs. AR 20/2013)

Diese Empfehlung basiert auf Ziff. 3.1.2 des Beschlusses des Akkreditierungsrates „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“. (Drs. AR 20/2013)

2.4 Medien und Kommunikation (B.A.)

2.4.1 Empfehlungen:

- Institutsintern sollte das Verständnis von „Praxis“ (kommunikationswissenschaftlich, medienpraktisch, etc.) geklärt und anschließend in der internen und externen Darstellung des Studiengangs deutlicher werden. Dabei sollte die postulierte ‚Praxis‘ im Studiengangskonzept nicht nur als ‚Forschungspraxis‘, sondern auch als ‚berufliche Praxis‘ außerhalb von Forschungskontexten verstanden werden. Entsprechende Komponenten im Studiengangskonzept sollten entsprechend konzeptionell gestärkt werden.
- Bei der Organisation von Praktika sollte darauf geachtet werden, möglichst bezahlte Praktika anzubieten.
- Die Medienpädagogik und mediale Erwachsenenbildung ist aus Sicht der Gutachtergruppe ein – auch beruflich – relevanter Bereich. Die Studiengangsverantwortlichen sollten diesen Bereich zukünftig in der Studiengangskonzeption nicht ganz ausschließen. Dabei sollte eine Anpassung an die Erfordernisse der digitalen, vernetzten Medienwelt erfolgen.

- Die Gutachtergruppe empfiehlt die Schaffung einer verlässlichen, nachhaltig tragbaren Personalstruktur, um über die (aktuell adäquate) Absicherung der beiden jetzigen Studiengänge hinaus Spielräume für weitere Ausbauplanungen (z.B. ein angedachtes Joint Programme) oder eine Erhöhung der Studierendenzahlen zu schaffen.

2.4.2 Akkreditierungsempfehlung an die Ständige Akkreditierungskommission (SAK)

Die Gutachter/-innen empfehlen der SAK die Akkreditierung des Studiengangs Medien und Kommunikation mit dem Abschluss Bachelor of Arts mit der oben genannten allgemeinen Auflage und den folgenden Auflagen für die Dauer von sieben Jahren.

- Das Praktikumsmodul muss mit einer Leistung (ggf. unbenotet) abschließen; hier empfiehlt sich ein reflektierender und dokumentierender Praktikumsbericht. (Kriterium 2.3, Drs. AR 20/2013)
- In der Prüfungsordnung muss der konkrete Arbeitsaufwand für einen ECTS-Punkt eindeutig innerhalb der Spannbreite von 25 bis 30 Stunden definiert werden. (Kriterium 2.2, Drs. AR 20/2013)

Diese Empfehlung basiert auf Ziff. 3.1.2 des Beschlusses des Akkreditierungsrates „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“. (Drs. AR 20/2013)

2.5 Medien und Kommunikation (M.A.)

2.5.1 Empfehlungen:

- Die Regelung im Eignungsverfahren, bei Bewerber/-innen mit noch nicht vorliegendem Bachelorabschluss die noch ausstehenden Leistungen pauschal mit 4,0 zu bewerten, sollte grundsätzlich überdacht werden, auch um unnötige Wartezeiten für wiederholte Bewerbungen zu verhindern.
- Die Medienpädagogik und mediale Erwachsenenbildung ist aus Sicht der Gutachtergruppe ein – auch beruflich – relevanter Bereich. Die Studiengangsverantwortlichen sollten diesen Bereich zukünftig in der Studiengangskonzeption nicht ganz ausschließen. Dabei sollte eine Anpassung an die Erfordernisse der digitalen, vernetzten Medienwelt erfolgen.

2.5.2 Akkreditierungsempfehlung an die Ständige Akkreditierungskommission (SAK)

Die Gutachter/-innen empfehlen der SAK die Akkreditierung des Studiengangs Medien und Kommunikation mit dem Abschluss Master of Arts mit der oben genannten allgemeinen Auflage und der folgenden Auflage für die Dauer von sieben Jahren.

- In der Prüfungsordnung muss der konkrete Arbeitsaufwand für einen ECTS-Punkt eindeutig innerhalb der Spannbreite von 25 bis 30 Stunden definiert werden. (Kriterium 2.2, Drs. AR 20/2013)

Diese Empfehlung basiert auf Ziff. 3.1.2 des Beschlusses des Akkreditierungsrates „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“. (Drs. AR 20/2013)

II. Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

Einleitung und Verfahrensgrundlagen

Das nachfolgend bewertete Studiengangscluster umfasst vier Studiengänge, die an der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg verortet sind. Der Bachelor- und der Masterstudiengang „Medien und Kommunikation“ werden vom 2013 gegründeten Institut für Medien, Wissen und Kommunikation an der Fakultät getragen, das zum Zeitpunkt der Begutachtung personell teilweise neu aufgestellt wird. Der Bachelorstudiengang „Sozialwissenschaften“ sowie der konsekutive Masterstudiengang „Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ werden vom 2015 gegründeten Institut für Sozialwissenschaften angeboten, das die Professuren der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie integriert.

Grundlagen des vorliegenden Bewertungsberichtes sind die Lektüre der Dokumentation der Hochschule und die Vor-Ort-Gespräche in Augsburg mit der Hochschulleitung, der Fakultätsleitung, mit zentralen Funktionsstellen (Prüfungsamt, Rechtsabteilung, Universitätsfrauenbeauftragte u.a.) mit den Programmverantwortlichen und Lehrenden sowie mit Studierenden.

Die Gutachterin und Gutachter bedanken sich bei der Hochschule, der Fakultät, den Fachvertreterinnen und Fachvertretern sowie Studentinnen und Studenten für die konstruktiven und offenen Gespräche vor Ort. Sie möchten mit diesem Bericht zur Sicherung und weiteren Entwicklung der Studienqualität beitragen.

Die Bewertung beruht auf den zum Zeitpunkt der Vertragslegung gültigen Vorgaben des Akkreditierungsrates und der Kultusministerkonferenz. Zentrale Dokumente sind dabei die „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“ (Drs. AR 20/2013), die „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor und Masterstudiengängen“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 i.d.F. vom 04.02.2010) und der „Qualifikationsrahmen für Deutsche Hochschulabschlüsse“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 21.04.2005).¹

¹ Diese und weitere ggfs. für das Verfahren relevanten Beschlüsse finden sich in der jeweils aktuellen Fassung auf den Internetseiten des Akkreditierungsrates, <http://www.akkreditierungsrat.de/>

1. Studiengangsübergreifende Aspekte

Durch ihre institutionelle Verankerung in separaten Instituten hängen die beiden im engeren Sinne sozialwissenschaftlichen und die beiden kommunikationswissenschaftlichen Studiengänge strukturell eng zusammen, während die institutsübergreifenden, fakultätsweiten Strukturen weniger stark für die Studienqualität bestimmend sind. Deshalb wird in diesem Kapitel nur auf einige übergreifende Aspekte eingegangen.

1.1 Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse

Wie im Antrag der Hochschule und in den Gesprächen vor Ort erläutert, sind einige hochschulweite Aspekte mit profilbildend für die Studiengänge der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Hierzu zählen das universitäre Leitbild einer forschungsorientierten Lehre, das Konzept einer Synergien nutzenden (interdisziplinären) Netzwerkuniversität sowie einer praxisnahen Gestaltung von Studiengängen. Auch im Zusammenhang mit dem geplanten Aufbau einer medizinischen Fakultät kämen thematisch die Schwerpunkte Gesundheit und Transnationalität verstärkt hinzu.

Auf Ebene der Fakultät wurde im Gespräch ebenfalls die Bedeutung der drei Profilziele Forschungsorientierung, forschungsbasierte Lehre und Trans-/Internationalisierung genannt. Die Forschungsanbindung erfolge dabei u.a. über das Jakob-Fugger-Zentrum, an dem geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Themenkomplexe erforscht werden, sowie das 2014 neu gegründete Zentrum für Interdisziplinäre Gesundheitsforschung (ZIG), an dem mehrere der an den vorliegenden Studiengängen beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler assoziiert sind. Gleiches gilt für das ebenfalls interdisziplinär angelegte Wissenschaftszentrum Umwelt (WZU). Eine Einbindung von Studierenden in diese Zentren erfolge vornehmlich in den Masterstudiengängen, beispielsweise durch Lehrforschungsprojekte.

In diesem Kontext befürwortet die Hochschulleitung generell einen Ausbau des Masterangebots, gerade in Fächern mit einer vergleichsweise hohen Zahl an Bachelorabsolventen/-innen. Auch könne dabei der bisher u.a. durch die oben genannten Zentren geleistete interdisziplinäre Austausch zwischen (Master-)Studiengängen intensiviert werden. Bei den vorliegenden Studiengängen erfolge dieser noch relativ wenig, jedoch werden unter anderem durch eine gemeinsame ‚Summer School‘ von Sozialwissenschaften, Medien und Kommunikation und Europäischer Ethnologie oder in der sozialwissenschaftlichen Methodenausbildung erste Kooperationen deutlich.

Die Gutachtergruppe sieht die nachfolgend bewerteten Studiengänge als weitgehend in ihren jeweiligen Instituten verortete Angebote mit noch relativ geringen Kooperationen im Bereich der Lehre. Institutsübergreifende Initiativen wie die erwähnte ‚Summer School‘ und die Nutzung von Lehrexporten und -importen sind unterstützenswert und sollten weiter ausgebaut werden. Hierzu bietet die inhaltliche wie zum Teil personelle Umstrukturierung der Studiengänge gute Ansatzpunkte.

Ähnliches gilt für die Einbindung insbesondere der Masterstudiengänge in die benannten

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

1 Studiengangübergreifende Aspekte

Profilschwerpunkte der Universität und Fakultät, insbesondere Transnationalität und Gesundheit. Die schon vorhandenen Strukturen (Forschungszentren, Professur für Gesundheitssoziologie etc.) bieten hier vielversprechende Ansatzpunkte, die ebenfalls noch intensiver im Bereich von Studium und Lehre genutzt und im jeweiligen Profil dargestellt werden könnten. Hierzu zählt auch die (geplante) Ausweitung englischsprachiger Lehrangebote oder die Entwicklung eines Joint Programmes im Fach Medien und Kommunikation.

1.2 Konzeption und Inhalte der Studiengänge

Siehe Abschnitte 2.2, 3.2 etc. dieses Berichts.

1.3 Studierbarkeit

Die vorliegenden, durch separate studiengangsspezifische Prüfungsordnungen geregelten Studiengänge weisen bezüglich der Studierbarkeit einige übergreifende Merkmale auf, die im Antrag und in den Gesprächen vor Ort – insbesondere mit den Studierenden – thematisiert worden sind.

So sind allgemeine Beratungs- und Unterstützungsangebote für Studierende zumeist auf Fach- oder Hochschulebene verortet, weniger auf Ebene der Fakultät. Zu den hochschulweiten Einrichtungen und Angeboten gehören ein Career Service, der neben Beratungsangeboten auch beispielsweise Orientierungsveranstaltungen in einzelnen Berufsbereichen anbietet, die Zentrale Studienberatung oder das Sprachenzentrum mit einem umfangreichen Angebot fremdsprachiger Kurse sowie von Deutsch als Fremdsprache. Diese Sprachangebote können auch im Rahmen des Ergänzungsbereichs (Bachelor Medien und Kommunikation) oder des Moduls „Wahl- und Sprachenbereich“ (Bachelor Sozialwissenschaften) belegt und angerechnet werden.

Ein hochschulweit angewandtes Modell der Prüfungsorganisation ist die unbegrenzte Wiederholbarkeit von Prüfungsleistungen bei gleichzeitiger Deckelung der Studiendauer. Im Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften sind dies zwölf Fachsemester (§ 16 PO BA Sowi), im ebenfalls sechssemestrigen Bachelorstudiengang Medien und Kommunikation neun Fachsemester (§ 15 PO BA MuK). Bei den viersemestrigen Masterstudiengängen sind es zehn Fachsemester (§ 17 PO MA Konflikt) bzw. sechs Fachsemester (§ 16 PO MA MuK). In allen Fällen besteht formal die Möglichkeit zur Gewährung von Nachfristen durch den Prüfungsausschuss („Härtefallregelung“).

Im Gespräch mit den Lehrenden und Studierenden wurde dieses Modell erörtert. Dabei wurden von keiner Seite negative Einflüsse dieser Regelungen auf die Studierbarkeit genannt (siehe auch *Abschnitte 2.3, 3.3 etc.*). Die in den Prüfungsordnungen in den jeweiligen Schlussbestimmungen genannten Schutzbestimmungen zu Mutterschutz, Elternzeit und Nachteilsausgleich würden – laut Hochschulleitung und Rechtsabteilung – auch bei chronischen Erkrankungen, Behinderungen etc. Anwendung auf diese Begrenzung finden. Insge-

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

1 Studiengangsübergreifende Aspekte

samt sei es Praxis, bei Härtefallanträgen kulant zu verfahren. Dabei biete das Modell einer nur zeitlich gedeckelten Wiederholbarkeit von Prüfungen aber insgesamt genuine Vorteile bezüglich einer Flexibilisierung des Studiums. Eine Anwesenheitspflicht bestehe ebenfalls nicht.

Ein weiteres Thema war die Anrechnung von an anderen, insbesondere ausländischen Hochschulen erworbenen Kompetenzen und Leistungen sowie deren Einfluss auf die Mobilität der Studierenden. Für die Studiengänge Medien und Kommunikation wurde die Zahl der ‚Outgoings‘ mit ca. zehn pro Jahr angegeben, für die (bisherigen) sozialwissenschaftlichen Studiengängen von einer Förderung entsprechender Aktivitäten berichtet. Die Studierenden der Medien und Kommunikation berichteten ebenfalls von einem hohen Interesse an Studienplätzen im Ausland und einer überwiegend problemlosen Anrechnungspraxis.

Die Lehrveranstaltungs- und Prüfungsverwaltung, die aktuell durch eine Zusammenführung der Systeme zur Dokumentation von Lehrveranstaltungen (Digicampus) und zur Prüfungsverwaltung (STUDIS) umgebaut wird, wurde von den Studierenden der Medien und Kommunikation positiver bewertet als von denen der Sozialwissenschaften. Kritikpunkte bei letzteren waren u.a. die (noch) vorhandene Aufteilung von Informationen auf die beiden Plattformen sowie eine bei einigen Lehrstühlen ungenügende Handhabung des Systems. Hinsichtlich Belegungsverfahren und Verfügbarkeit von Lehrveranstaltungen gab es jedoch keine Kritik.

Die Gutachtergruppe sieht bezüglich studiengangsübergreifender Strukturen und Regelungen die Studierbarkeit der vier Studiengänge nicht beeinträchtigt. Das Modell der Studienzeitbegrenzung in Kombination mit unbegrenzter Wiederholbarkeit von Modulprüfungen (Ausnahmen sind Bachelor- und Masterthesis) hat sich offenbar bewährt – auch wenn die unterschiedlichen Deckelungsgrenzen in beiden Fachrichtungen auffallen.

Härtefallregelungen sind für Studierende mit Behinderungen vorhanden. Weitere Arten der Benachteiligung werden in der Praxis offenbar kulant und individuell flexibel mit berücksichtigt, was nach eigener Aussage von der Hochschulleitung unterstützt wird. Dies ist positiv zu werten.

Eine Einschätzung der Mobilität für alle Studiengänge ist aufgrund der unterschiedlichen Datenlage nicht ganz einfach. Es war auch nicht abschließend zu beurteilen, ob in der Praxis die Anerkennung von Studienaufenthalten außerhalb des Bologna-Raumes einfach möglich ist. Die Formulierungen in den Prüfungsordnungen entsprechend jedoch den Vorgaben und dem Sinngehalt der Lissabon-Konvention, sodass hier nur eine entsprechende Transparenz und möglichst großzügige Anerkennungspraxis wünschenswert wäre. Generell wird deshalb empfohlen, die Regeln und auch die Größenordnung der Inanspruchnahme von Studienplätzen durch Incomings und Outgoings zu spezifizieren und transparenter zu gestalten.

1.4 Ausstattung

Siehe Abschnitte 2.4 und 3.4 dieses Berichts.

1.5 Qualitätssicherung

Die Verantwortlichkeit für die Qualitätssicherung von Studium und Lehre ist auf Hochschulebene bei der „Qualitätsagentur“ der Universität Augsburg und auf Fakultätsebene beim Dekanat verortet. In den Gesprächen vor Ort wurde deutlich, dass sich einige Instrumente in der Weiterentwicklung befinden.

Eine hochschul- oder fakultätsweite Evaluationsordnung o.ä. existiert aktuell noch nicht. Entsprechend sind derzeit auch keine Regelungen für die Ableitung konkreter Konsequenzen aus den Evaluationsergebnissen vorhanden. Durchgeführt wurden jedoch bisher in mehrjährigen Abständen universitätsweite Studierendenbefragungen. Unter Studierenden des Bachelorstudiengangs „Medien und Kommunikation“ wurde parallel eine institutseigene Studierendenbefragung durchgeführt, die jedoch nicht lehrveranstaltungsscharf ist, sondern allgemeine Items umfasst (z.B. Wahl des Studiengangs, allgemeine Zufriedenheit mit bestimmten Modulbereichen, Zufriedenheit mit den Lehrenden), inklusive der Arbeitsbelastung.

Seit 2013 nimmt die Universität Augsburg am Kooperationsprojekt Absolventenstudien (KO-AB) des INCHER in Kassel teil. Entsprechende Ergebnisse lagen für den Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften vor. Für den (bisherigen) Masterstudiengang Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung mit relativ geringen Absolventenzahlen wurde eine eigene Erhebung über den Alumni-Verein durchgeführt. Für die beiden Studiengänge der Medien und Kommunikation lagen Ergebnisse einer bayernweiten Absolventenbefragung für Studiengänge der Kommunikations-, Medienwissenschaften und Journalistik vor.

Die zentrale Qualitätsagentur bietet in Kooperation mit den Fakultäten und Lehrstühlen eine hochschulweite, standardisierte Lehrveranstaltungsevaluation an. Diese soll in der zweiten Hälfte der Vorlesungszeit durchgeführt werden, sodass die Lehrenden die Ergebnisse noch vor Semesterende mit den Studierenden besprechen können. In beiden Instituten werden offenbar diese zentralen Lehrevaluationen bei einem Teil der Lehrveranstaltungen durchgeführt. Jedoch sind diese zum Zeitpunkt der Begutachtung nicht verpflichtend vorgesehen und zum Teil auf freiwilliger Basis durchgeführt worden. Im Gespräch wurde von Seite der Lehrenden darauf hingewiesen, dass es neben diesen formalisierten Evaluationsinstrumenten auch weitere, durchaus strukturierte Feedback-Instrumente gebe, wie beispielsweise Gespräche der Fachschaft mit den Professoren/-innen des Faches, in der Regel zweimal pro Semester. Diese wurden auch von den Studierenden als wirkungsvolles Instrument beschrieben und positiv bewertet, wohingegen der Zeitpunkt der Lehrevaluationen oft als zu früh im Semester empfunden wurde um gehaltvolle Aussagen treffen zu können. Auch wurde von einigen Lehrenden auf eine eher geringe Aussagekraft solcher Lehrevaluationen hingewiesen.

Wie von Seiten des zentralen Qualitätsmanagements erläutert, werden aktuell im Bereich der Workload-Erhebung weitere, stärker qualitativ ausgerichtete Erhebungsinstrumente entwickelt (hierfür ist eine Stelle geschaffen worden), die zu verschiedenen Zeitpunkten im Semester eingesetzt werden sollen.

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

1 Studiengangsübergreifende Aspekte

Die Studierenden der beteiligten Studiengänge betonten im Gespräch positiv die grundsätzlich gute Zugänglichkeit der Lehrenden und Verantwortlichen für Anliegen der Studierenden, insbesondere in den Studiengängen „Medien und Kommunikation“. Hier hätten auch studentische Anregungen zu Anpassungen der Studiengangskonzepte geführt (z.B. Verringerung der Prüfungsbelastung in einem Semester). Im Bereich Sozialwissenschaften wurde hingegen kritisiert, dass Studierende (zu) spät in die Umgestaltung der Masterstudiengänge eingebunden worden seien.

Die Gutachtergruppe wertet die vorhandenen Instrumente der Qualitätssicherung an sich positiv, sieht jedoch Defizite in der systematischen Anwendung und der Transparenz der weiteren Nutzung.

Zwar scheint es durchaus und insbesondere im Bereich Medien und Kommunikation einen funktionierenden, zum Teil informellen, aber regelmäßigen Austausch zwischen Studierendenvertretungen und den Lehrenden zu geben. Auch wurde die Portfolioumstellung am Institut für Sozialwissenschaften in zwei Sitzungen mit Studierenden diskutiert – auch wenn hier wohl nur noch wenig Ergebnisoffenheit bestand. Weiterhin ist positiv zu werten, dass es in allen vorliegenden Studiengängen zu Weiterentwicklungen – auch auf Basis der Instrumente der Qualitätssicherung - gekommen ist.

Andererseits sind die formalen Evaluations- und Feedbackprozesse noch wenig systematisiert, weitgehend freiwillig und letztlich auch hinsichtlich des weiteren Prozesses (wer erhält die Ergebnisse, was geschieht damit) intransparent. Dies entspricht aus Sicht der Gutachtergruppe nicht den Standards der Qualitätssicherung an deutschen Hochschulen. Hier muss die Hochschule bzw. die Fakultät ein Konzept zur Etablierung zumindest einer systematisierten Lehrevaluation vorlegen. Mittelfristig wäre die Verankerung einer hochschulweiten Evaluationsordnung sehr wünschenswert.

Der direkte Austausch zwischen Lehrenden und Studierenden wird ausdrücklich positiv bewertet und sollte weiterhin gefördert werden. Um Vorbehalte gegenüber einer zu starken Formalisierung der Qualitätssicherung abzubauen, bietet sich eine enge Zusammenarbeit zentraler und dezentraler Akteure an. Am Institut für Medien, Wissen und Kommunikation sollte zudem geprüft werden, ob eine Doppelung von Befragungen vermieden werden kann, beispielsweise durch eine Zusammenführung von zentraler und dezentraler Studierendenbefragung.

Auch sollte die Hochschule zentral dafür Sorge tragen, dass Daten zum Studienverlauf und Studienerfolg für die Verantwortlichen in Dekanaten und Studiengangsleitungen differenziert erhoben und so zeitnah zur Verfügung gestellt werden, dass darauf in der Studienorganisation reagiert werden kann.

2. Sozialwissenschaften (B.A)

Da der Bachelorstudiengang „Sozialwissenschaften“ und der Masterstudiengang „Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ in einem gemeinsamen institutionellen Kontext eingebunden sind, werden einige Bewertungskategorien nachfolgend für beide Studiengänge behandelt und in folgenden Unterkapiteln dann hierauf verwiesen.

2.1 Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse

Im Rahmen des 2015 gegründeten Instituts für Sozialwissenschaften wurden bis zum Wintersemester 2016/17 drei Studiengänge angeboten: der Bachelorstudiengang „Sozialwissenschaften“ (seit 2007) sowie die zwei Masterstudiengänge „Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung“ (seit 2008) und „Sozialwissenschaftliche Diskursforschung“ (seit 2013). Weiterhin wurden und werden Lehrexporte im Rahmen von Nebenfächern (z.B. der Geographie) oder interdisziplinären Studiengängen (z.B. Masterstudiengang „Interdisziplinäre Europastudien“) an andere Fakultäten geleistet.

Wie im Antrag und in den Gesprächen vor Ort erläutert, wurde das Studiengangsportfolio in den Sozialwissenschaften zur Re-Akkreditierung erheblich weiterentwickelt. Parallel hierzu wurde die Gründung des Instituts für Sozialwissenschaften im Frühjahr 2016 abgeschlossen. Ziel war unter anderem eine engere institutionelle Identifikation und Kooperation auch im Bereich der Forschung und der studentischen Mitbestimmung (so bestanden bisher jeweils Studierendenvertretungen/Fachschaften für die einzelnen Studiengänge; sie sollen nun zusammengeführt werden).

Während der Masterbereich neu strukturiert wurde (*siehe hierzu Abschnitt 3 dieses Berichts*), sind im Bachelorstudiengang „Sozialwissenschaften“ nur inkrementelle Veränderungen umgesetzt worden.

Die Qualifikationsziele des Bachelorstudiengangs sind in der (neuen, ab Wintersemester 2016/17 gültigen) Prüfungsordnung wie folgt beschrieben:

Der Bachelorabschluss bildet einen ersten berufsbefähigenden Abschluss eines sozialwissenschaftlichen Studiums. Sein Ziel ist, Studierende grundlegend in seine beiden sozialwissenschaftlichen Schwerpunktgebiete Politikwissenschaft und Soziologie einzuführen. Den Studierenden werden die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in Berufsfeldern vermittelt, die sowohl politikwissenschaftliche als auch soziologische Fach- und Praxiskompetenzen, durch das Studium der Sozialwissenschaften erworbene allgemeine Schlüsselkompetenzen umfassen. Damit werden sie qualifiziert für den Einsatz in vielfältigen Berufsfeldern aus Politik und Gesellschaft. Ausbildungsziel ist zudem die Schaffung der Voraussetzungen zur Weiterqualifizierung in sozialwissenschaftlichen, politikwissenschaftlichen oder soziologischen Masterstudiengängen und damit die Vermittlung von Kompetenzen zu wissenschaftlicher Arbeit. (§ 3 PO BA Sowi)

Von Seite der Lehrenden wurde die breit angelegte Konzeption des Bachelorstudiengangs betont, der einerseits der Vermittlung sozialwissenschaftlicher Grundlagen diene, andererseits aber auch spezifische Forschungsinteressen der Lehrenden aufnehmen solle, um so ein breites wie attraktives, früh die Einheit von Forschung und Lehre betonendes Angebot zu

bilden. Im Antrag wurde zudem die besondere Auseinandersetzung mit Fragen bürgerschaftlicher Teilhabe, mit Aspekten der Geschlechtergerechtigkeit sowie die Qualifizierung für außeruniversitäre Berufsfelder betont. Letztere werden nur allgemein genannt, wobei die sozialwissenschaftliche Methodenausbildung und das zweimonatige Berufsfeldpraktikum hervorgehoben wurden.

Aus Sicht der Gutachtergruppe entspricht der Bachelorstudiengang dem angestrebten Profil eines fachlich breit aufgestellten, sozialwissenschaftlichen Studiengangs. Der Verzicht auf besondere Spezialisierungen ist hier folgerichtig. Ebenso fördern die maßvollen Weiterentwicklungen des Studiengangs dieses Qualifikationsprofil. Mit der Gründung des Instituts für Sozialwissenschaften hat man weiterhin eine stabile institutionelle, fächerübergreifende Basis geschaffen. Positiv ist auch die differenzierte Nennung der Qualifikationsziele in der neuen Prüfungsordnung, die adäquat formuliert sind.

2.2 Konzeption und Inhalte des Studiengangs

Der Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften ist auf eine Regelstudienzeit von sechs Semestern ausgelegt, in denen 180 CP zu erbringen sind. Ein Beginn ist nur zum Wintersemester möglich. Zugangsvoraussetzungen sind neben der allgemeinen oder fachlich gebundenen deutschen Hochschulzugangsberechtigung oder äquivalenten ausländischen Schulabschlüssen ggf. der Nachweis hinreichender Deutschkenntnisse. Der Zugang ist aktuell zulassungsbeschränkt, die Auswahl erfolgt entsprechend der Note der Hochschulzugangsberechtigung und ist in einer hochschulweiten Satzung geregelt.

Der Studiengang ist ab Wintersemester 2016/17 – wie bisher – in sieben Modulgruppen gegliedert (A bis G). In der Gruppe A „Basismodule“ werden vier Grundlagenmodule im Bereich der Politikwissenschaft und der Soziologie („Sozialtheorien und Sozialstruktur“, „Gesellschaftstheorien und sozialer Wandel“) belegt. Neben der Einführung in Gegenstände, Theorien und Methoden werden hier in Vorlesungen und Grundkursen auch allgemeine empirische Befunde vermittelt. Ebenfalls in den ersten beiden Semestern können entsprechend des exemplarischen Studienverlaufsplans Module wie „Propädeutik sozialwissenschaftlicher Praxis“ ([sozial-]wissenschaftliches Arbeiten) und zwei von insgesamt vier Methodenmodulen (Gruppe C) belegt werden. In den folgenden Semestern wird neben zwei weiteren Methodenmodulen auch ein Lehrforschungsprojekt in zwei aufeinander aufbauenden Modulen (Gruppe F) absolviert, in denen ein konkretes sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt geplant und umgesetzt wird.

Zwei Schwerpunkte in der Studiengangskonzeption sind weiterhin die Gruppen E (Themenmodule) und D (Wahlfach-/Sprachmodule). In ersterer sind drei von aktuell neun angebotenen Wahlpflichtmodulen zu belegen. Sie umfassen je ein Seminar (2 SWS) sowie eine Abschlussprüfung, die als Hausarbeit, mündliche Prüfung oder Portfolio-Prüfung ausgestaltet sein kann. Entsprechende Angebote sind u.a. Politische Theorie, Vergleichende Politikwissenschaft, Soziologie der Lebensformen/Soziale Ungleichheit oder Gesundheitssoziologie.

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

2 Sozialwissenschaften (B.A)

Im zweiten Wahlpflichtbereich „Wahlfach-/Sprachmodule“ müssen aus einem in der Prüfungsordnung definierten Katalog Module/Veranstaltungen im Umfang von 30 CP gewählt werden. Sie umfassen entweder das Erlernen einer Fremdsprache aus dem Angebot des Sprachenzentrums der Universität Augsburg oder die Belegung eines weiteren Faches wie u.a. Volkswirtschaftslehre, Geographie, Philosophie oder Staats- und Völkerrecht. Die PO macht allerdings für Außenstehende nicht deutlich, wie diese Nebenfächer ausgestaltet sind.

Weiterhin sieht die Studiengangskonzeption ein zweimonatiges „Berufsfeldpraktikum“ vor, das mit einem nicht benoteten Praktikumsbericht abgeschlossen und mit 12 CP kreditiert wird. Eine Aufteilung des Praktikums in maximal zwei Teilpraktika à vier Wochen innerhalb des gleichen Betriebs/der gleichen Institution ist möglich; es wird von einer Übung (2 SWS) begleitet.

Beendet wird das Studium mit dem „Bachelorabschlussmodul“, das eine Bachelorarbeit (12 CP) im Umfang von ca. 50 Seiten und einer Bearbeitungsdauer von vier Monaten sowie eine begleitende Übung (2 SWS) umfasst.

Die Module des Studiengangs schließen alle mit nur einer Prüfungsleistung ab.² Die Module sind in einem Modulhandbuch beschrieben. Dabei sind die Beschreibungen der Inhalte und Lernziele differenziert und angemessen (auch wenn die Rubrik Lernziel/Lernergebnis oftmals stärker Lehrenden- als Lernenden-zentriert formuliert ist). Bis auf das Abschlussmodul sind keine modulspezifischen Zugangsvoraussetzungen im Modulhandbuch genannt, sodass eine relativ individuelle Studienabfolge möglich ist. Ein konkretes Mobilitätsfenster ist nicht definiert. Die Module lassen sich jedoch offenbar – mit Ausnahme der beiden inhaltlich-thematisch aufeinander aufbauenden Lehrforschungsprojekt-Module – innerhalb eines Semesters abschließen.

Die Gutachtergruppe bewertet die Konzeption des Studiengangs Sozialwissenschaften positiv und konsequent entsprechend des intendierten Profils aufgebaut. Die in *Abschnitt 2.1* dieses Berichts genannte Zielsetzung, einen breit angelegten, fachübergreifenden sozialwissenschaftlichen Bachelorstudiengang anzubieten, wird erreicht. Durch die individuellen Vertiefungsmöglichkeiten im Rahmen der drei zu wählenden Themenmodule und durch die entsprechende Wahl eines Nebenfachs (oder einer Sprache) können sowohl fachliche wie überfachliche Kompetenzen erlangt werden.

Ebenfalls positiv ist die stark verankerte Methodenausbildung hervorzuheben. Im Rahmen von vier verpflichtenden Methodenmodulen, zum Teil auch im Modul „Propädeutik/Sozialwissenschaftliche Praxis“ sowie im Lehrforschungsprojekt werden Grundlagen wie Anwendungen sozialwissenschaftlicher, quantitativer und qualitativer Methoden vermittelt. Dies kann individuell noch im Wahlpflichtmodul „Methodologie der Politikwissenschaft und

² In der (neuen) Prüfungsordnung sind in der Übersichtstabelle unter § 15 für das Bachelorabschlussmodul zwei Prüfungsleistungen ausgewiesen. Dies scheint ein Fehler zu sein, da in § 1 eindeutig geregelt ist, dass sich die Note des Moduls nur aus der Note der Bachelorarbeit ergibt. Dies sollte korrigiert werden.

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

2 Sozialwissenschaften (B.A)

der Soziologie“ weiter vertieft werden. Vor Ort wurde in diesem Zusammenhang auch die Nutzung von Statistik-Software wie SPSS in der Lehre erörtert. Aus Sicht der Studierenden wäre es wünschenswert, entsprechende Programme konkret erlernen und ggf. auch auf dem eigenen Rechner nutzen zu können. Aus Sicht der Lehrenden wurde dies ebenfalls als Desiderat genannt – jedoch seien die Methodenkurse zu groß und Studierendenlizenzen für private Rechner nicht vorhanden, um dies aktuell umsetzen zu können.

Die Gutachtergruppe sieht es – insbesondere vor dem Hintergrund einer positiv zu wertenden intensiven Methodenausbildung und der entsprechend hohen Arbeitsmarktrelevanz – als sehr wünschenswert an, den Umgang mit Auswertungssoftware im Rahmen von quantitativen und qualitativen Methoden konkret schon im Bachelorstudium zu vermitteln. Hier sollten mit hoher Dringlichkeit entsprechende Ressourcen vorgesehen werden, sowohl im Rahmen der Vermittlung entsprechender Kenntnisse wie auch für Studierendenlizenzen.

Aus Sicht der Gutachtergruppe wären eine systematische Auswertung der Praktika-Erfahrungen und ein entsprechender Wissensaustausch zwischen den Studierenden sowie eine zentrale Dokumentation für künftige Studierende hilfreich. Entsprechende Instrumente sollten geschaffen werden.

Die Module und Prüfungsformen sind ausreichend klar definiert. Nicht abschließend ersichtlich wurde hingegen Struktur und Inhalte der einzelnen Nebenfächer (Sprache oder benachbarte Disziplin in der Modulgruppe „Wahlfach-/Sprachenmodule“). Dies muss noch dokumentiert werden.

2.3 Studierbarkeit

Die Module des Bachelorstudiengangs Sozialwissenschaft umfassen zwischen sechs und zwölf ECTS-Punkte und erstrecken sich über ein, in wenigen Fällen auch zwei Semester – wobei eine individuelle Strukturierung möglich ist. Die Module werden mit nur einer Prüfung bzw. einem Praktikumsbericht abgeschlossen. Je Modul ist eine begrenzte Auswahl an Prüfungsformen in der Prüfungsordnung dokumentiert und definiert.

Die Studierenden wiesen im Gespräch darauf hin, dass es sich aufgrund der Studiengangsstruktur am ehesten anbiete, das Praktikum schon nach dem ersten Semester zu absolvieren. Es blieb unklar, ob dieser Effekt der Fakultät bewusst ist.

Wie auch andere Fakultäten und Fächer an der Universität Augsburg (*siehe auch Abschnitt 1.3 dieses Berichts*) wurde für diesen Studiengang ein Modell einer unbegrenzten Wiederholbarkeit von Prüfungsleistungen bei gleichzeitiger Kappung der Studiendauer gewählt. Mit maximal zwölf Semestern liegt diese Grenze vergleichsweise hoch. Die Gewährung einer Nachfrist im Rahmen einer Härtefallreglung ist möglich. Die Bachelorarbeit kann nur einmalig wiederholt werden.

Im Antrag und in den Gesprächen vor Ort haben die Lehrenden verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Studierbarkeit erläutert. Hierzu gehören ein flexibler Studienverlauf, feste Fachstudienberater sowie kleinere Weiterentwicklungen des Studiengangs inklusive einer

Anpassung des Workloads (*siehe Abschnitt 2.5 dieses Berichts*).

Von den Studierenden wurden im Gespräch Probleme in der Anwendung der elektronischen Studienverwaltung genannt, sowie die teilweise uneinheitlichen Modulkürzel genannt. Nach Auskunft der Hochschulleitung werden die bisher verschiedenen Systeme zur Organisation und Dokumentation für Lehrveranstaltungen (Digicampus) und Prüfungsverwaltung (STUDIS) aktuell zusammengeführt, sodass Lehrveranstaltungsverwaltung und Prüfungsverwaltung zukünftig innerhalb eines Systems geleistet werden können. Die Belegung von Lehrveranstaltungen ist aus Sicht der Studierenden hingegen unproblematisch.

Die mit dem Antrag vorgelegten Daten zu bisherigen Studierendenzahlen und Studienerfolg zeigen zum einen den Wechsel von zulassungsfreien und zulassungsbeschränkten Jahrgängen: Während bei ersteren bis zu 350 Studierende zum Wintersemester eingeschrieben wurden, waren es in zulassungsbeschränkte Jahren nur ca. 160. Die festgelegte, beschränkte Aufnahmekapazität zum Wintersemester 2016/17 beträgt 154 Studienplätze. Aus den vorgelegten Angaben zu Studierenden nach Fachsemestern (die allerdings keine kohortengenauen Aussagen zulassen), zeigt sich in der Tendenz, dass circa ein Drittel der Studierenden frühestens nach acht Semestern ihr Studium abgeschlossen hat. Eine Befragung der Absolventen des Jahres 2013 ergab eine durchschnittliche Studiendauer von 7,2 Semestern.

Die Gutachtergruppe sieht die Studierbarkeit des Studiengangs insgesamt als gegeben an. Die Deckelungsgrenze von zwölf Semestern ist vergleichsweise großzügig und der Studienverlauf kann relativ flexibel gestaltet werden. Die in der Rückschau offensichtliche Überschreitung der Regelstudienzeit erscheint noch nicht besorgniserregend und scheint keine strukturellen oder studienorganisatorischen Probleme als Ursache zu haben. Dennoch wäre es empfehlenswert, hochschulseitig genauere Daten für den Studienverlauf und -erfolg zu erheben und den Fakultäten zur Verfügung zu stellen (*siehe auch Abschnitt 1.5 dieses Berichts*). Auch wird dringend empfohlen, die Informationen zum (weiterentwickelten) Bachelorstudiengang auf der Homepage der Fakultät bzw. des Instituts klarer strukturiert und an einer Stelle anzubieten.

2.4 Ausstattung

Die Universität Augsburg hat im Antrag die sächliche, finanzielle, räumliche und personelle Ausstattung des Studiengangs dargelegt. Die Professuren des Instituts sind sowohl am Bachelor- wie an den (bisher) beiden Masterstudiengängen beteiligt, weshalb eine Gesamtbeurteilung für Bachelor- und Masterbereich sinnvoll ist.

Da es sich um ein Studienangebot einer staatlich finanzierten Hochschule handelt, kann die *finanzielle* Durchführbarkeit (auch der Masterstudiengänge bzw. des zukünftigen einen Masterstudiengangs) generell als gesichert gelten. Die Fakultät erhält für die abgeschafften Studiengebühren Kompensationsmittel des Landes, die den Studiengängen zugewiesen und zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden.

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

2 Sozialwissenschaften (B.A)

Personell getragen werden der Bachelor- sowie die beiden bisherigen Masterstudiengänge durch insgesamt sieben Professuren, davon drei der Politikwissenschaft und vier der Soziologie zugeordnet. Hinzu kommen 39 Wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, von denen 25 nach Angabe der Hochschule in dem Bachelorstudiengang und dem einen fortgeführten Masterstudiengang lehren werden. Je nach Beschäftigungsverhältnis liegt die Lehrbelastung dieser Mitarbeiter/-innen zwischen 2,5 und 18 SWS. Zusätzlich sind weitere neun Lehrbeauftragte mit einzelnen Lehrveranstaltungen eingeplant.

Für den Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften gibt es bisher keine (feste) Stelle für die Studiengangscoordination. Nach Aussage der Lehrenden wurden die entsprechenden Aufgaben bisher reihum von den Lehrstühlen bzw. deren Mitarbeitern/-innen wahrgenommen. Die Koordination der beiden bisherigen Masterstudiengänge wurde von zwei Wissenschaftlichen Mitarbeitern wahrgenommen. Für das anstehende Wintersemester soll nach Auskunft der Fakultät eine feste Koordinationsstelle für den dann einen Masterstudiengang eingerichtet werden.

Maßnahmen zur Personalentwicklungen wie hochschuldidaktische Weiterbildungen sind vorhanden und werden offenbar nachgefragt. Die *räumliche* Ausstattung wurde ebenfalls dokumentiert.

Die Gutachter sehen die adäquate Ausstattung des Bachelorstudiengangs sowie des zukünftigen Masterstudiengangs insgesamt im Kontext der Fakultät bzw. des Instituts für Sozialwissenschaften als gewährleistet an. Dabei ist die *finanzielle Ausstattung* als Angebot einer staatlichen Hochschule für den Akkreditierungszeitraum grundsätzlich gesichert.

Die *räumliche Ausstattung* ist offenbar ausreichend. Bezüglich der *sächlichen* Ausstattung wird auf die Empfehlung verwiesen, den Studierenden die direkte Arbeit mit Datenauswertungssoftware zu ermöglichen (*siehe Abschnitt 2.2 dieses Berichts*).

Die Gutachtergruppe sieht auch die *personelle Ausstattung* als quantitativ wie qualitativ gewährleistet an. Die (zukünftig) beiden Studienangebote können offenbar durch die Professuren und deren Mitarbeiter/-innen adäquat abgedeckt werden. Umfangreiche Lehrexporte sind nicht zu erwarten, da Studierende der entsprechenden Nebenfächer oder interdisziplinärer Studiengangsangebote zumeist schon vorhandene Lehrveranstaltungen (polyvalent) mit nutzen.

Die vorgesehene zeitnahe Einrichtung einer eigenen Koordinationsstelle für den Masterstudiengang wird von der Gutachtergruppe ausdrücklich begrüßt. Sie empfiehlt, gleichfalls für den Bachelorstudiengang eine entsprechende Koordinations-Dauerstelle einzurichten.

Ebenfalls unterstützt die Gutachtergruppe die Bestrebungen des neu gegründeten Instituts für Sozialwissenschaften, die bisher in den beiden Fächern offenbar nicht gut ausgestattete Universitätsbibliothek durch Koordination der Finanzmittel strukturiert auszubauen.

2.5 Qualitätssicherung, Weiterentwicklung

Siehe auch Abschnitt 1.5 für allgemeine Aspekte der Qualitätssicherung.

Neben den genannten Strukturen der Lehrevaluation wurden für den Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften (Abschlussjahrgang 2013) Ergebnisse einer Absolventenbefragung (INCHER Kassel, Rücklaufquote 55%) vorgelegt. Demnach haben sich 53 Prozent dieser Absolventen/-innen für ein weiteres Studium entschieden, 38 Prozent haben eine Erwerbstätigkeit aufgenommen, davon zur Hälfte in der Wirtschaft. Weiterhin lagen Angaben zu den bisherigen Praktikumsstellen vor – eine Praktikumsdatenbank ist zudem in Planung.

Zum Wintersemester 2016/17 wurden am Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften einige Veränderungen vorgenommen. Sie seien sowohl einer Anpassung an die neu hinzugekommenen Professuren sowie neue Forschungsschwerpunkte geschuldet, als auch dem Ziel, den Studierenden mehr Möglichkeiten einer individuellen Vertiefung zu bieten, die dann gegebenenfalls auch bis zum Masterabschluss fortgeführt werden können. Im Einzelnen sind dies folgende Änderungen:

- In der Gruppe der Methodenmodule werden nun vier statt bisher drei Module angeboten (bei insgesamt gleichbleibender Kreditierung), womit nun eine differenziertere Ausbildung in quantitativen und qualitativen Methoden erreicht werden sollte.
- Die Auswahl an Themenmodulen (Wahlpflichtbereich) wurde zum einen um zwei Module (darunter nun auch ein vertiefendes Methodenmodul) erweitert. Zum anderen wird pro Themenmodul nur noch ein Seminar statt vorher zwei belegt, um – bei nur einer Prüfungsleistung/Hausarbeit – eine Konzentration auf das eine Thema zu ermöglichen und insgesamt den Workload zu reduzieren.
- Ebenfalls überwiegend bei den Themenmodulen wurden die Modultitel geändert bzw. den fachlichen Konventionen angepasst, um bisher teilweise aufgetretene Probleme der Absolventen/-innen beim Übergang in (sozialwissenschaftliche) Masterstudiengänge an anderen Hochschulen zu beseitigen.
- Der Bereich Wahlfach-/Sprachenmodule wird nun mit 30 anstatt mit 24 CP kreditiert, um eine Anpassung an die Angebotsstrukturen an der Universität Augsburg und darüber hinaus zu ermöglichen.

Die Gutachtergruppe wertet die behutsame Weiterentwicklung des Bachelorstudiengangs Sozialwissenschaften positiv. Offenbar wird sowohl auf Veränderungen des institutionellen Kontextes als auch auf Erfahrungen bisheriger Studienverläufe reagiert.

3. Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)

3.1 Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse

Weitgehend zeitgleich zur Re-Akkreditierung hat sich die Fakultät bzw. das Institut für Sozialwissenschaften entschieden, das Studienangebot im Masterbereich umzustrukturieren. Mit Beginn des Wintersemesters 2016/17 wird der Studiengang „Sozialwissenschaftliche Diskursforschung“ (M.A.) nicht mehr angeboten bzw. läuft aus. Hingegen wird der bisherige Studiengang „Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung“ (M.A.) inhaltlich-konzeptionell mit wesentlichen Änderungen unter der neuen Studiengangsbezeichnung „Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ (M.A.) fortgeführt. In der nachfolgenden Beschreibung und Bewertung steht dieser zu akkreditierende, neue Masterstudiengang im Fokus.

Die Umstrukturierung wurde im Antrag und den Gesprächen vor Ort mit dem mehrheitlichen Wunsch des Instituts begründet, das bisher nicht ausreichend trennscharfe und kapazitär belastende, doppelte Masterangebot so zusammenzuführen, dass ein Masterstudiengang entsteht, der die bisherigen Schwerpunkte Diskursforschung sowie Friedens- und Konfliktforschung integriert und dabei gleichzeitig die gesamte Bandbreite der soziologischen und politologischen Schwerpunkte am Augsburger Institut abdecken kann. Dies sei zum einen durch Wechsel und Neuberufungen im Kollegium notwendig geworden, durch die weitere Felder wie beispielsweise Gesundheitsforschung entwickelt wurden. Zum anderen sei es auch zu einer zunehmenden Engführung des bisherigen Masterstudiengangs „Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung“ auf Friedens- und Konfliktforschung gekommen.

Die Qualifikationsziele des umstrukturierten Masterstudiengangs sind in der ab Wintersemester 2016/17 gültigen Prüfungsordnung (kurz: PO MA Konflikt) wie folgt beschrieben (§ 3):

Der Masterabschluss stellt den weiteren berufsqualifizierenden, forschungsorientierten Abschluss eines sozialwissenschaftlichen Studiums unter besonderer Berücksichtigung von Konflikten in Politik und Gesellschaft dar und bietet zahlreiche Zugänge zur Analyse und Bearbeitung aktueller Problemlagen. Der Masterstudiengang Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft baut in der Regel auf dem Bachelorgrad oder einem anderen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss, auf. Sein Ziel ist, Studierende auf Forschungs- und Beratungstätigkeiten in Politik und (Welt-)Gesellschaft vorzubereiten. Sie erwerben politikwissenschaftliche und soziologische Fach- und Praxiskompetenzen sowie die durch das Studium der Sozialwissenschaften vermittelten Schlüsselkompetenzen.

Im Gespräch wurde von der Fakultät und den Lehrenden betont, dass mit der ‚klareren und breiteren Aufstellung‘ des neuen Masters die Möglichkeit eröffnet werde, unter dem ‚Ankerbegriff Konflikt‘ – laut Antrag – „eine Erweiterung des Themenspektrums auf eine Bearbeitung des Konfliktthemas aus den Perspektiven der Politikwissenschaft und der Soziologie in der vollen Breite“ (S. 103) zu ermöglichen. Gleichzeitig werde so ein spezifisches, auch gegenüber anderen universitären sozialwissenschaftlichen Masterstudiengängen abgrenzbares Profil geschaffen.

Von Seite der Studierenden wurde die Umstellung des alten Masterstudiengangs „Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung“ im Gespräch einerseits kritisch gesehen, da dieser in der

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

3 Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)

alten Form die Möglichkeit einer starken Schwerpunktsetzung bot, sehr interdisziplinär angelegt und darüber hinaus im besonderen Maße mit der Augsburger Stadtgesellschaft („Friedensstadt“) verbunden gewesen sei. Auch die enge Betreuung in den mit 30 Studierenden überschaubaren Kohorten wurde positiv angemerkt. Andererseits wurde auch eine höhere Attraktivität des neuen Masterstudiengangs gesehen, da dieser breiter aufgestellt sei und so für die Augsburger Bachelorabsolventen/-innen eine direktere Fortführung des Studiums ermögliche.

Für die Gutachtergruppe sind – insbesondere nach den Gesprächen vor Ort – die Gründe für die Umstrukturierung des einen und die Einstellung des anderen sozialwissenschaftlichen Masterstudiengangs verständlich geworden. Es erscheint eine plausible, wenn auch sicherlich intern und auch in der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit nicht unumstrittene Entscheidung, nun in *einem* Masterstudiengang das gesamte akademische Themenspektrum des Instituts abdecken zu wollen und so auch den Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudiengangs Sozialwissenschaften einen passenden Masterstudiengang im eigenen Hause anzubieten.

Aus Sicht der Gutachterin und Gutachter bietet der Begriff ‚Konflikt‘ auch genügend integratives Potential für den neu strukturierten Masterstudiengang. Es sollte in der Darstellung nach innen und außen jedoch deutlicher werden, was diesen Kernbegriff im Kontext der beteiligten Fächer und Forschungs-/Lehrschwerpunkte ausmacht – was also letztlich die Konflikte in Politik und Gesellschaft sind, die hier im Mittelpunkt stehen. Weiterhin sollten gerade die beiden bisher profilbildenden Bereiche Friedens- und Konfliktforschung sowie Diskursforschung in den Studiengangszielen und im Studiengangskonzept deutlicher herausgestellt werden und erkennbar sein, dass Inhalte und Kompetenzen aus beiden Bereichen auch weiterhin zum zentralen Lehrkanon des neuen Studienganges gehören. Weiterhin könnte auch eine interne oder externe Evaluierung nach einer gewissen Laufzeit hilfreich zur Überprüfung und Weiterentwicklung des Studiengangsprofils sein.

3.2 Konzeption und Inhalte des Studiengangs

Der neu strukturierte Masterstudiengang „Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ ist auf eine Regelstudienzeit von vier Semestern ausgelegt, in denen 120 CP zu erbringen sind. Ein Beginn ist nur zum Wintersemester möglich.

Für den Zugang zum Studiengang ist der Abschluss des Bachelorstudiengangs „Sozialwissenschaften“ der Universität Augsburg oder eines vergleichbaren Studiengangs mit der Gesamtnote von mindestens 2,0 oder einer Bachelorarbeitsnote von mindestens 1,7 nachzuweisen. Bedingung für die Einordnung eines Studienabschlusses als gleichwertig ist der Nachweis von mindestens je zwölf Leistungspunkten in den Bereichen sozialwissenschaftliche Methoden und sozialwissenschaftliche Theorien (§ 4 PO MA Konflikt). Weiterhin sind „sehr gute Deutsch- und gute Englischkenntnisse“ als Zugangsvoraussetzung benannt (ebd.), aber nicht weiter spezifiziert.

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

3 Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)

Der Studiengang ist in der neuen Form in sechs Modulgruppen gegliedert (A bis F). In der Gruppe A „Orientierung“ werden drei einführende Module belegt: eines zum Thema „Konflikte aus politikwissenschaftlicher und soziologischer Perspektive“ (6 CP) sowie zwei zu „Methodologie und Methoden“ (6 bzw. 9 CP). Der Hauptteil des Studiums (45 CP) ist im Wahlpflichtbereich B („Theorien und Methoden der Analyse von Konflikten“) und C („Konflikte in Politik und Gesellschaft“) konzentriert, in denen insgesamt fünf Module mit je neun CP gewählt werden müssen – wobei dies auch innerhalb einer der beiden Modulgruppen möglich ist. Diese umfassen Themen wie ‚Politikwissenschaftliche Theorien‘, ‚Sozialtheorien und Gesellschaftstheorien‘ oder ‚Wissen und Diskurs‘. Ein Modul umfasst dann jeweils ein Seminar – wobei hier von einer gewissen Zahl von semesterweise veränderlichen Wahlmöglichkeiten innerhalb eines Moduls auszugehen ist.

Ergänzt wird das Konzept durch ein Berufsfeldpraktikum von zwei Monaten Dauer, das – offenbar – durch einen Praktikumsbericht abgeschlossen wird (12 CP). Beendet wird das Masterstudium mit dem Modul „Masterarbeit und Übung“, das eine Masterarbeit im Rahmen einer Bearbeitungsdauer von vier Monaten (27 CP) sowie eine begleitende Übung (2 SWS, 3 CP) umfasst.

Die Module des Studiengangs schließen alle mit nur einer Prüfungsleistung ab. Die Module sind in einem vorgelegten Modulhandbuch beschrieben. Bis auf das Abschlussmodul sind keine modulspezifischen Zugangsvoraussetzungen im Modulhandbuch genannt, sodass eine relativ individuelle Studienabfolge möglich ist. Ein konkretes Mobilitätsfenster ist nicht definiert. Die Module lassen sich jedoch offenbar innerhalb eines Semesters abschließen.

Die Gutachtergruppe bewertet die Konzeption des Masterstudiengangs „Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ positiv und entsprechend des intendierten Profils aufgebaut. Die in *Abschnitt 3.1* dieses Berichts genannte Zielsetzung, einen einerseits generalistischen, andererseits aber klar auf den Kern ‚Konflikte‘ profilierten Masterstudiengang aufzubauen, wird (einbezüglich der oben genannte Empfehlungen zur Schärfung des Profils und der erkennbaren weiteren inhaltlichen Berücksichtigung der beiden bisherigen Schwerpunkte im Bereich der Diskurs- sowie der Friedens- und Konfliktforschung) voraussichtlich erreicht werden. Durch die Vertiefungsmöglichkeiten im Wahlpflichtbereich, das Praktikum und die Masterarbeit können individuelle fachliche Schwerpunkte verfolgt werden – sicherlich auch im Rahmen der Friedens- und Konfliktforschung oder der Diskursforschung.

Auffällig und ebenfalls positiv ist die auch im Masterbereich relativ stark verankerte Methodenausbildung. Auch in diesem Zusammenhang sieht es die Gutachtergruppe als nachdrücklich empfehlenswert an, den Umgang mit Auswertungssoftware im Rahmen von quantitativen und qualitativen Methoden konkret zu vermitteln. Hier sollten mit hoher Dringlichkeit entsprechende Ressourcen vorgesehen werden, vor allem im Rahmen der Vermittlung entsprechender Kenntnisse in Lehrveranstaltungen wie auch für Studierendenlizenzen.

Die Modulbeschreibungen wiesen in der im Antrag vorgelegten Form einige Desiderate auf. Im Nachgang der Begehung wurden jedoch zentrale Aspekte ergänzt: So wurden für alle

Module entsprechende Modulverantwortliche benannt, die Lernziele in mehreren Modulen adäquat ergänzt, sowie unklare Bezeichnungen geändert.

Im Modul „Forschungsseminar“ (12 CP) sind ein ‚Forschungsseminar‘ sowie eine „Übung/Kolloquium“ vorgesehen. Aus der (nach der Begehung nochmals ergänzten) Modulbeschreibung ergibt sich nicht transparent, was Aufgabe und Struktur dieses Moduls ist und wie es sich in den Lernzielen vom Masterarbeitsmodul unterscheidet bzw. ob das hier genannte, auch durchzuführende ‚Forschungsprojekt‘ mit der Masterarbeit identisch ist. Dies muss eindeutiger dargestellt werden.

3.3 Studierbarkeit

Die Module des (zukünftigen) Masterstudiengangs umfassen in der Regel sechs oder neun ECTS-Punkte und erstrecken sich über ein Semester. Die Module werden mit nur einer Prüfung bzw. Leistung abgeschlossen. Je Modul ist eine begrenzte Auswahl an Prüfungsformen in der Prüfungsordnung dokumentiert.

Wie auch andere Fakultäten und Fächer an der Universität Augsburg (*siehe auch Abschnitt 1.3 dieses Berichts*) wurde für diesen Studiengang ein Modell einer unbegrenzten Wiederholbarkeit von Prüfungsleistungen bei gleichzeitiger Kappung der Studiendauer gewählt. Mit zehn Semestern liegt diese Grenze vergleichsweise hoch (sonst sind es häufig sechs oder acht Semester bei viersemestrigen Masterstudiengängen). Die Gewährung einer Nachfrist im Rahmen einer Härtefallreglung ist möglich. Die Masterarbeit kann nur einmalig wiederholt werden.

Im Antrag und in den Gesprächen vor Ort haben die Lehrenden verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Studierbarkeit erläutert. Hierzu gehören ein flexibler Studienverlauf und eine geplante feste Studiengangskoordination.

Von den Studierenden wurden im Gespräch die Problematik eines Praktikums in den Semesterferien bei einer gleichzeitig ggf. höheren Zahl an Hausarbeiten genannt sowie eine im Unterschied zum bisherigen Masterstudiengang geändertes Zulassungsverfahren. Bei letzterem bestand vormals ein eigens geregeltes „Eignungsverfahren“, in dem neben der Bachelor-Abschlussnote auch Kenntnisse in drei fachlichen Bereichen (sozialwissenschaftliche Themenfelder, sozialwissenschaftliche Methoden, konfliktbezogene Kenntnisse) sowie „berufspraktische und extracurriculare Qualifikationen, Auslandsaufenthalte und Auszeichnungen besonderer fachlicher Exzellenz“ einbezogen sowie ein Auswahlgespräch durchgeführt wurden. Von Seite der Lehrenden wurde jedoch gerade die nun hier stattfindende Vereinfachung positiv gewertet.

Die mit dem Antrag vorgelegten Daten zu bisherigen Studierendenzahlen und Studienerfolg haben aufgrund der wesentlichen Änderungen am Studiengang nur begrenzte Aussagekraft. Sie zeigen ein deutliches Interesse an dem bisherigen Studiengang (gleiches galt für den Studiengang „Sozialwissenschaftliche Diskursforschung“) und Kohorten von ca. 30 Studierenden pro Studienjahr. Aus den vorgelegten Angaben zu Studierenden nach Fachsemes-

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

3 Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)

tern (die allerdings keine kohortengenauen Aussagen zulassen), zeigte sich in der Tendenz eine oftmals erhebliche Überschreitung der Regelstudienzeiten im bisherigen Studiengang mit einem Abschluss der Hälfte der Studierenden erst im siebten oder achten Fachsemester. In einer vorgelegten Umfrage unter den bisherigen Absolventen/-innen zeigte sich eine deutliche Tendenz, eine wissenschaftlich-forschungsorientierte Tätigkeit bzw. Promotion anzustreben.

Die Gutachtergruppe sieht die Studierbarkeit des neu strukturierten Studiengangs als voraussichtlich gegeben an. Die Deckelungsgrenze von zehn Semestern ist vergleichsweise großzügig und der Studienverlauf kann relativ flexibel gestaltet werden. Die in der Rückschau offensichtliche Überschreitung der Regelstudienzeit (in der bisherigen Studiengangsvariante) erscheint nicht unproblematisch, aber dürfte aufgrund der Änderungen nur begrenzte Prognosekraft besitzen. Dennoch wäre es auch hier empfehlenswert, hochschulseitig genauere Daten für den Studienverlauf und -erfolg zu erheben und den Fakultäten zur Verfügung zu stellen (*siehe auch Abschnitt 1.5 dieses Berichts*).

3.4 Ausstattung

Siehe Abschnitt 2.4 dieses Berichts.

3.5 Qualitätssicherung, Weiterentwicklung

Siehe auch Abschnitt 1.5 für allgemeine Aspekte der Qualitätssicherung.

Auch wenn sich die oben genannten Zahlen bezüglich Studienerfolg, Studiendauer und Verbleib auf die alte Studiengangsstruktur beziehen, so sind aus diesem (und dem zweiten, parallelen Masterstudiengang) Motivationen und Erkenntnisse in die wesentliche Weiterentwicklung des zukünftigen, hier bewerteten Masterstudiengangs eingeflossen. Hier zählen neben der Neuausrichtung des Profils und der konzeptionell-inhaltlichen Umstrukturierung:

- Eine erhebliche Vereinfachung der Zugangsvoraussetzungen und des Zulassungsverfahrens.
- Eine Verdoppelung der Studienplätze von bisher ca. 30 auf nun ca. 60 pro Studienjahr.
- Die deutliche Vereinfachung der Modulprüfungen, die in der alten Form oftmals aus mehreren Teilprüfungen/-leistungen bestanden (zumeist Hausarbeit und ‚thematisch fokussierte Abhandlung‘ zum Gesamtmodul).

Die Gutachtergruppe wertet – wie schon in *Abschnitt 3.1* erörtert – die wesentliche Weiterentwicklung des Masterstudiengangs grundsätzlich positiv. Auch wenn die Motivation zur

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

3 Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)

wesentlichen Umstrukturierung sich nicht allein aus dem (bzw. den) alten Masterstudiengang (-gängen) gespeist hat, sondern breiteren Veränderungen am Institut geschuldet ist, so wurden doch Erfahrungen insbesondere aus dem bisherigen konfliktwissenschaftlichen Masterstudiengangs aufgegriffen.

Kritisch anzumerken ist allerdings, dass die Studierenden offenbar nur ansatzweise in diesen Veränderungsprozess eingebunden waren.

4. Medien und Kommunikation (B.A.)

Da der Bachelor- und der Masterstudiengang „Medien und Kommunikation“ in einem gemeinsamen institutionellen Kontext eingebunden sind, werden einige Bewertungskategorien nachfolgend für beide Studiengänge behandelt und in folgenden Unterkapiteln dann hierauf verwiesen.

4.1 Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse

Der Bachelor- und der Masterstudiengang „Medien und Kommunikation“ werden im Rahmen der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät vom Institut für Medien, Wissen und Kommunikation (imwk) angeboten. Das Institut stellt mit aktuell drei Professuren eine organisatorische Teileinheit dar und ist weitgehend alleinverantwortlich für die Durchführung der beiden Studiengänge. Für beide wurde im Antrag neben der jeweils gültigen Prüfungsordnung jeweils eine von den Universitätsgremien und dem zuständigen Ministerium genehmigte Änderungssatzung vorgelegt.³

Eine wesentliche kontextuelle Veränderung ist die Verkleinerung des Instituts von ehemals vier auf nun zukünftig drei Professuren, von denen eine mit geänderter Denomination ausgeschrieben wurde. Diese beiden – ‚Mediendidaktik‘ und ‚Digitale Medien‘ – waren vormals den Bildungswissenschaften zugeordnet. Die Mediendidaktik-Professur wird aktuell vertreten und soll zukünftig unter der Denomination „Kommunikationswissenschaften mit dem Schwerpunkt Medienrealität“ geführt werden.

Die Qualifikationsziele des Bachelorstudiengangs sind in der Prüfungsordnung (inkl. den Ergänzungen der Änderungsordnung) wie folgt beschrieben (§ 3 PO BA MuK):

Der Bachelorabschluss bildet einen ersten berufsbefähigenden Abschluss des Studiums „Medien und Kommunikation“. Durch den Bachelorabschluss wird festgestellt, ob kommunikationswissenschaftliche Grundlagen beherrscht werden. Dies umfasst einführende und vertiefende kommunikationswissenschaftliche Kenntnisse zu theoretischen Ansätzen und Anwendungsfeldern in den Bereichen Rezeptions- und Wirkungsforschung, Öffentliche Kommunikation und Kommunikatorforschung, Kommunikationstheorie und -geschichte, Mediensysteme, Medienrealität und Medien- und Kommunikationspraxis sowie methodische Kenntnisse und Fähigkeiten in den Bereichen quantitativer und qualitativer Erhebungs- und Auswertungsverfahren. Die berufspraktischen Fähigkeiten werden im Rahmen eines Pflichtpraktikums vertieft. Die erworbenen grundlegenden Kenntnisse und Fähigkeiten qualifizieren für einen frühen Übergang in die Berufspraxis im Besonderen in den Bereichen Mediaforschung, Medienproduktion, Journalismus, Strategische Kommunikation (Public Relations und Werbung), Medienmanagement.

Im Antrag und den Gesprächen vor Ort wurde von den Studiengangsverantwortlichen betont, dass mit der neuen Denomination der dritten Professur („Medienrealität“) nun ein breiter Bereich des Faches abgedeckt werde, der gewissermaßen im Kommunikationsprozess die bisher noch fehlende Verbindung zwischen ‚Öffentlicher Kommunikation‘ und ‚Rezeption und

³ Wenn nicht anders angegeben, werden die Änderungssatzungen für den Bachelor- und Masterstudiengang Medien und Kommunikation in diesem Bericht immer mit berücksichtigt.

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

4 Medien und Kommunikation (B.A.)

Wirkung' (so die Denominationen der beiden besetzten Professuren) leiste. Sie soll nun u.a. die Beschaffenheit von Medieninhalten, ihre konkrete Herstellung durch Journalismus, PR, Politik etc., und ihre Bedeutung und Wahrnehmung im Kontext neuer Medienformate und -logiken behandeln. Insbesondere im Rahmen des Bachelorstudiengangs wäre damit auch eine verstärkte Anbindung an die oben genannten Berufsfelder für Absolventen/-innen möglich. Wie auch im Antrag betont wurde, lege das Institut „auf Employability großen Wert“. Hierfür würden „in Kooperation mit Medienpraktikern [...] Studierende auf Tätigkeiten in den Bereichen Medienproduktion, Medienforschung, Medienmanagement, Public Relations, Journalismus und Werbung vorbereitet“ (S. 25).

Aus Sicht der Gutachtergruppe leistet der Bachelorstudiengang eine gute kommunikationswissenschaftliche Grundausbildung, die vergleichbaren Studiengängen ähnelt. Im Rahmen der Gespräche konnten einige Uneindeutigkeiten des Ausbildungsprofils geklärt werden. So erscheint die Umwidmung der neu zu besetzten Professur zu „Medienrealität“ (auch wenn die Bezeichnung sich nicht sofort erschließt) als sinnvolle Erweiterung, um sowohl den fachlichen wie auch den berufspraktischen Anspruch des Studiengangs zu stärken.

Hingegen erscheint die in den Qualifikationszielen deutlich betonte berufliche Befähigung zwar angemessen, im konkret verstandenen Profil und der Studiengangskonzeption jedoch deutlich schwächer repräsentiert; die im Antrag genannte „hohe Forschungs- und Praxisorientierung“ (S. 25) wurde in den Gesprächen eher im Sinne einer Orientierung auf ‚Forschungspraxis‘ als auf berufliche Praxis dargestellt (*siehe hierzu Abschnitt 4.2*).

In diesem Zusammenhang wird dringend empfohlen, institutsintern das Verständnis von „Praxis“ (kommunikationswissenschaftlich, medienpraktisch, etc.) zu klären und anschließend die interne und externe Darstellung des Studiengangs stringent umzustellen.

Positiv ist die mit den Änderungen erweiterte Darstellung der Qualifikationsziele in der Prüfungsordnung zu erwähnen.

4.2 Konzeption und Inhalte des Studiengangs

Der Bachelorstudiengang Medien und Kommunikation ist auf eine Regelstudienzeit von sechs Semestern ausgelegt, in denen 180 CP zu erbringen sind. Ein Beginn ist nur zum Wintersemester möglich. Zugangsvoraussetzungen sind neben der allgemeinen oder fachlich gebundenen deutschen Hochschulzugangsberechtigung oder äquivalenten ausländischen Schulabschlüssen ggf. der Nachweis hinreichender Deutschkenntnisse. Der Zugang ist aktuell zulassungsbeschränkt, die Auswahl erfolgt entsprechend der Note der Hochschulzugangsberechtigung und beruflicher Vorerfahrungen und ist in einer hochschulweiten Auswahlatzung geregelt (*siehe Abschnitt 6.2 dieses Berichts*).

Der Studiengang ist in Modulgruppen gegliedert, zu denen ein Grundlagenbereich, ein Methodenbereich, ein Vertiefungsbereich, ein Ergänzungsbereich, ein Praktikumsmodul sowie ein abschließendes Modul zählen. Nach exemplarischem Studienverlaufsplan sollten die drei

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

4 Medien und Kommunikation (B.A.)

Grundlagenmodule (insgesamt 36 CP) sowie die drei Methodenmodule (20 CP) überwiegend innerhalb der ersten beiden Semester belegt werden. Sie umfassen im ersten Fall einführende Vorlesungen und Seminare in das Fach sowie eine Einführung in (kommunikations-)wissenschaftliches Arbeiten. Der Abschluss dieser drei Module muss als „Grundlagen- und Orientierungsprüfung“ bis zum Ende des fünften Fachsemesters erfolgen (§ 17 PO BA MuK). Die Methodenmodule umfassen Einführungen in die empirischen Methoden (ein Lehrimport aus dem Institut für Sozialwissenschaften), in statistische sowie in spezifische kommunikationswissenschaftliche Methoden.

In je einem Wahlpflichtmodul „Quantitative“ bzw. „Qualitative Verfahren“ wird dann ein Lehrforschungsprojekt absolviert, wobei eine thematische Auswahl möglich ist, beispielsweise „Befragung“ oder „Experiment“ im quantitativen oder „Qualitative Inhaltsanalyse“ oder „Gruppendiskussion“ im qualitativen Bereich. Dabei werden nicht alle Methoden/Lehrveranstaltungen in jedem Semester angeboten. Weiterhin sind in drei Vertiefungsbereichen – „Rezeptions- und Wirkungsforschung“, „Öffentliche Kommunikation“ und „Medienrealität“ – jeweils zwei Module zu belegen. (In der – geänderten – PO sind diese Module als Wahlpflicht gekennzeichnet. Offenbar handelt es sich aber um Pflichtmodule. Dies sollte nochmals überprüft werden.)

Im Verlaufe des Studiums ist ein weiteres Wahlpflichtmodul „Medien- und Kommunikationspraxis“ zu belegen, in dem zwei aus neun möglichen Modulen belegt werden (insgesamt 12 CP). Hierzu zählen u.a. „Journalismus“, „Medienrecht“ oder „Unternehmens- und Organisationspraxis“. Wie auch im Gespräch vor Ort erläutert, sollen gerade in diesen Wahlpflichtmodulen Erfahrungen in individuell gewählten Praxisbereichen gewonnen werden. Hierzu trage weiterhin das Modul „Berufspraktikum“ (8 Wochen, 10 CP) bei, das nach jetzigem Stand mit einer Praktikumsbescheinigung abgeschlossen wird.

Relativ praxisnah sei auch der „Ergänzungsbereich“, in dem zwei aus acht möglichen „Ergänzungsbereichen“ gewählt werden. Diese umfassen jeweils ein oder mehrere (in der PO festgelegte) Module; pro Ergänzungsbereich werden 12 CP belegt. Hierzu zählen Angebote wie „Ethik und Philosophie“, „Sprachen“ (mit einer begrenzten Auswahl: Deutsch als Fremdsprache, Italienisch, Spanisch) oder „Ökonomie“, aber auch „Experimentelle Forschungspraxis“ oder „Begleitstudium“. Bei letzterem wird ein studentisches Praxisprojekt relativ eigenständig, aber betreut und durch einen Abschlussbericht nachgewiesen, durchgeführt.

Beendet wird das Studium mit dem Modul „Abschlussqualifikation“, in dem innerhalb von drei Monaten eine Bachelorarbeit im Arbeitsumfang von zwölf CP erstellt wird. Weiterhin wird ein begleitendes Seminar (6 CP) belegt.

Die Module schließen weit überwiegend mit nur einer Prüfungsleistung ab. In der ersten Studienhälfte ist dies oftmals eine Klausur, welche die Inhalte mehrere Veranstaltungen umfasst. In späteren Modulen variieren die Prüfungsformen stärker. In den Lehrforschungsprojekten (quantitative und qualitative Verfahren) sind dies beispielsweise ein Forschungsbericht, eine Fallarbeit oder eine Portfolioprüfung. In den Vertiefungsmodulen können dies eine Hausarbeit, ein Referat mit schriftlicher Ausarbeitung oder eine schriftlich dokumentierte Projektarbeit sein. In einigen Modulen, wie im Bereich „Kommunikationspraxis“ werden auch

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

4 Medien und Kommunikation (B.A.)

mehrere Prüfungsformen kombiniert eingesetzt, z.B. Referat und Dokumentation eines Medienprojekts.

Im Antrag wurde die Mobilität der Studierenden dokumentiert. Pro Semester gehen ca. acht bis zwölf (von insgesamt ca. 250 eingeschriebenen Bachelor- und ca. 65 Masterstudierenden) an eine von 17 im Rahmen von Erasmus kooperierenden Universitäten. Die Zahl der ausländischen Studierenden („Incomings“) lag bisher im einstelligen Bereich. Von den Studierenden wurde in dem Gespräch vor Ort von einer hohen Bereitschaft zur internationalen Mobilität berichtet, auch außerhalb des Erasmus-Programms.

Die Gutachtergruppe bewertet die Konzeption des Bachelorstudiengangs „Medien und Kommunikation“ positiv und weitgehend konsequent entsprechend des oben beschriebenen, intendierten Profils aufgebaut. Die Zielsetzung, breit gefächerte theoretische und methodische Grundlagen zu vermitteln, wird mit dem vorgelegten Konzept sicher erreicht. Durch die Möglichkeit der individuellen Wahl von methodischen und interdisziplinären Anteilen ist auch eine individuelle fachliche Schwerpunktsetzung gut möglich.

Wie in *Abschnitt 4.1* schon erwähnt, wird die berufliche Befähigung zwar in den Qualifikationszielen prägnant herausgestellt, tritt in der konkreten Studiengangskonzeption dann aber doch in den Hintergrund bzw. ist der individuellen Nutzung der Wahlmöglichkeiten im Bereich „Medien- und Kommunikationspraxis“, im Ergänzungsbereich, beim Praktikum oder durch extracurriculare Aktivitäten (z.B. im Campus-Radio oder Campus-TV) überlassen. Auch von Seite der Studierenden wurde explizit ein höherer Praxisbezug gewünscht.

Die Gutachtergruppe empfiehlt deshalb, die postulierte ‚Praxis‘ im Studiengangskonzept weniger nur als ‚Forschungspraxis‘ als auch als ‚berufliche Praxis‘ außerhalb von Forschungskontexten zu verstehen und entsprechende Komponenten konzeptionell zu stärken.

In diesem Zusammenhang muss auch das Praktikumsmodul mit einer Leistung (ggf. unbe-notet) abschließen; hier empfiehlt sich ein reflektierender und dokumentierender Praktikumsbericht. Auch sollte in der Organisation der Praktika darauf geachtet werden, möglichst bezahlte Praktika anzubieten.

Positiv ist die aussagekräftige und Lernenden- wie kompetenzorientierte Beschreibung der Module zu nennen. Die teilweise recht komplexe Modulstruktur des Studiengangs ist aus Sicht der Studierenden gut dokumentiert und umsetzbar, könnte aber dennoch - insbesondere im sehr komplexen Vertiefungsbereich – durchaus vereinfacht bzw. vereinfachter dargestellt werden.

Im Rahmen der vorgenommen personellen und (mit der Änderungssatzung auch) inhaltlichen Umstellung sind im Vertiefungsbereich Module zu ‚Lernen und Lehren mit Medien‘/Mediendidaktik weitgehend entfallen. Die Medienpädagogik und mediale Erwachsenenbildung ist aus Sicht der Gutachtergruppe jedoch ein – auch ebenso beruflich – relevanter Bereich. Die Studiengangsverantwortlichen sollten diesen Bereich deshalb zukünftig in der Studiengangskonzeption nicht ganz ausschließen.

4.3 Studierbarkeit

Die Module des Bachelorstudiengangs „Medien und Kommunikation“ umfassen zwischen sechs und zwölf ECTS-Punkte (Ausnahme: Abschlussmodul) und können in der Regel innerhalb eines Semesters abgeschlossen werden. Spezielle Zugangsvoraussetzungen für einzelne Module sind nicht oder höchstens in Form von Empfehlungen vorhanden, so dass (wie auch im Studienverlaufsplan ersichtlich) eine individuelle Strukturierung des Studienverlaufs möglich ist. Die Module werden mit nur einer Prüfung abgeschlossen. Je Modul ist eine begrenzte Auswahl an Prüfungsformen in der Prüfungsordnung dokumentiert und detailliert definiert.

Wie auch andere Fakultäten und Fächer an der Universität Augsburg (*siehe auch Abschnitt 1.3 dieses Berichts*) wurde für diesen Studiengang ein Modell einer unbegrenzten Wiederholbarkeit von Prüfungsleistungen bei gleichzeitiger Kappung der Studiendauer gewählt. Mit maximal neun Semestern liegt diese Grenze im normalen Bereich der Universität Augsburg. Die Gewährung von Nachfristen im Rahmen einer Härtefallreglung ist möglich. Die Bachelorarbeit kann nur einmalig wiederholt werden.

Von den Studierenden wurde vor Ort (und in einer separaten Stellungnahme) über keine Probleme hinsichtlich der Studierbarkeit berichtet. Lediglich das für das dritte Semester vorgesehene Praktikum sei schwierig im Studienverlauf zu integrieren. Es gestalte sich oft schwierig, Praktikumsstellen als Bachelorstudierende/-r im schon ersten oder zweiten Semester zu akquirieren, bzw. Praktikumsgeber zu finden, die Studierende zu einem so frühen Zeitpunkt im Studium aufnehmen.

Hingegen sei die Prüfungsbelastung nur in den ersten Semestern durch die Klausuren etwas höher, aber ‚gut machbar‘. Im späteren Studienverlauf sei eine relativ freie Einteilung möglich, zudem bestehe eine gewisse Kulanz der Dozenten/-innen z.B. bezüglich von Abgabeterminen von Hausarbeiten. Die konkreten Prüfungsformen würden spätestens in der ersten Veranstaltungssitzung festgelegt. Bei Erfahrungen im Medienbereich sei auch z.B. eine Anrechnung auf das Praktikumsmodul möglich.

Studienorganisatorische Probleme bezüglich Lehrveranstaltungsangebot, Anmeldeverfahren oder der Deckelung der Studiendauer wurden von Studierenden nicht genannt. Auch konnte im Antrag dokumentiert werden, das bisher (seit 2011) nur in zwei Fällen (und ein Fall im Master) auf Basis der Deckelung exmatrikuliert werden musste. Die durchschnittliche Studiendauer lag bei den Abschlussjahrgängen bei neun oder zehn Semestern (was auch auf einen relativ kulantem Umgang mit der Deckelung hinweist).

Für die Bachelorstudierenden stehen – neben dem hochschulweiten Beratungsangebot – ein Fachstudienberaterin und eine Studiengangskoordinatorin als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung.

Die Gutachtergruppe sieht die Studierbarkeit des Studiengangs als gegeben an. Die Decke-

lungsgrenze von neun Semestern hat offenbar bisher – da erst seit 2011 in Kraft und daher mit begrenzter Aussagekraft – zu keinen größeren Problemen geführt. Auch scheinen eine gute Beratung und Betreuung im Zusammenspiel mit einer überlegten Studiengangsplanung und engagierten Lehrenden den Studienfortschritt zu unterstützen.

Aus dem Zusammenspiel von hohen Bewerberzahlen (zwischen 1.000 und 2.000) bei ca. 50 Studienplätzen in den letzten Jahren erklären sich auch zwei Auffälligkeiten. Erstens lagen die Abschlussnoten seit 2010 fast ausschließlich im guten und sehr guten Bereich (2,5 und besser), davon fast 90 Prozent bei 2,0 oder besser. Zweitens lag und liegt der Anteil von Studentinnen in der Regel über 80 Prozent (Bachelor wie Master). Beides könnte auch aus Sicht der Studiengangsverantwortlichen Folge der hohen Bewerberauslese über die Noten der Hochschulzugangsberechtigung sein.

4.4 Ausstattung

Die Universität Augsburg hat im Antrag die sächlich-finanzielle, räumliche und personelle Ausstattung des Bachelor- und des Masterstudiengangs „Medien und Kommunikation“ dargelegt. Da beide Studiengänge weit überwiegend vom Personal des Instituts für Medien, Wissen und Kommunikation getragen werden, ist eine Gesamtbetrachtung für Bachelor- und Masterbereich sinnvoll.

Da es sich um ein Studienangebot einer staatlich finanzierten Hochschule handelt, kann die *finanzielle* Durchführbarkeit beider Studiengänge generell als gesichert gelten. Die Fakultät erhält für die abgeschafften Studiengebühren Kompensationsmittel des Landes, die den Studiengängen zugewiesen und zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden.

Personell getragen werden der Bachelor- sowie der Masterstudiengang durch insgesamt drei Professuren, wovon eine mit neuer Denomination (vorher: Mediendidaktik, zukünftig: Kommunikationswissenschaft mit Schwerpunkt Medienrealität) aktuell noch vertreten ist. Die Berufungsverhandlungen dauern aktuell an (Stand August 2016). Hinzu kommen acht wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, zum Teil mit Status eines/-r Akademischen Oberrates/-rätin. Somit besteht eine kapazitätsrelevante Lehre von ca. 65 SWS, die sich durch weitere drei Mitarbeiter/-innen aktuell um 15 SWS erhöht. Ein Teil dieser Stellen ist als „Ausbauplanung“ markiert. Diese wurden nach Aussage der Hochschulleitung vornehmlich im Rahmen von Zielvereinbarungen mit dem Land zur Erhöhung der Studierendenzahlen (G8, Wegfall Wehrpflicht) geschaffen und könnten zwischen 2019 und 2023 auslaufen. Die Universität sei stark an einer möglichen Verstetigung interessiert, könne hier aber noch keine Aussagen treffen.

Einer Stelle (Akademische/-r Rat/-in auf Zeit) obliegt auch die Koordination beider Studiengänge.

Maßnahmen zur Personalentwicklungen wie hochschuldidaktische Weiterbildungen sind vorhanden und werden offenbar nachgefragt. Die *räumliche* Ausstattung wurde ebenfalls dokumentiert. Bezüglich der *sächlichen* Ausstattung wurde im Antrag ein Forschungslabor dokumentiert, das u.a. eine physiologische Messstation und ein Eyetracking-System um-

fasst, aber auch Geräte z.B. zur Aufzeichnung und Auswertung qualitativer Daten. Das Labor wird auch im Rahmen von Lehrforschungsprojekten genutzt. Weiterhin stehen im Rahmen des Campus-Fernsehens und Campus-Radios (extracurricular) Studios, Aufnahme-/Schnitteinrichtungen etc. zur Verfügung.

Die Gutachter sehen die adäquate Ausstattung beider Studiengänge im Kontext der Fakultät bzw. des Instituts für Medien, Wissen und Kommunikation als gewährleistet an. Dabei ist die *finanzielle Ausstattung* als Angebot einer staatlichen Hochschule für den Akkreditierungszeitraum grundsätzlich gesichert.

Die *räumliche und sächliche Ausstattung* ist offenbar gut. Von Seite der Studierenden und Lehrenden wurde der umfangreiche Bestand der Universitätsbibliothek in diesem Fach sowie das Angebot an Software für Datenauswertung positiv erwähnt.

Die Gutachtergruppe sieht auch die *personelle Ausstattung* als ausreichend und für den Akkreditierungszeitraum voraussichtlich gesichert an. Auch ist die Einrichtung einer Koordinationsstelle positiv. Jedoch erscheint insgesamt das Institut personell noch nicht nachhaltig aufgestellt, zumal ein Teil der Stellen befristete oder nur halb den Studiengängen zur Verfügung stehende Stellen sind. Zwar ist aktuell und mittelfristig – auch durch das hohe Engagement der Lehrenden und die offenbar gute Zusammenarbeit zwischen den Professuren – das jetzige Studienangebot aufrecht zu erhalten; es bieten sich jedoch kaum Spielräume für weitere Ausbauplanungen (z.B. ein angedachtes Joint Programme) oder eine Erhöhung der Studierendenzahlen. Die Gutachtergruppe empfiehlt deshalb die Schaffung einer verlässlichen, nachhaltig tragbaren Personalstruktur.

4.5 Qualitätssicherung, Weiterentwicklung

Siehe auch Abschnitt 1.5 für allgemeine Aspekte der Qualitätssicherung.

Das Institut hat für den Bachelor- wie Masterstudiengang „Medien und Kommunikation“ kumulierte Ergebnisse der zentralen Lehrveranstaltungsevaluation für 2013-15 sowie Ergebnisse einer 2015 durchgeführten Gesamtevaluation des Bachelorstudiengangs vorgelegt. Während sich bei ersterer, zumindest in dieser hoch aggregierten Form, die Bewertungen wenig vom Durchschnitt der Gesamtfakultät unterscheiden (mit Ausnahme eines höheren Arbeitsaufwandes), zeigen sich im Rahmen der Studiengangsbefragung im Bachelor einige relevante Punkte, unter anderem

- eine positive Bewertung der Dozenten/-innen, der Wahlmöglichkeiten und der kleinen Kurse/guten Atmosphäre;
- eine kritischere Bewertung bezüglich geringer Praxisorientierung und beruflicher Vorbereitung;
- ein relativ geringes Interesse an den bisher professoral vertretenen und curricular integrierten Schwerpunkten ‚Medienbildung: Digitale Medien‘ und ‚Medienbildung: Me-

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

4 Medien und Kommunikation (B.A.)

diendidaktik‘;

- und eine insgesamt gute zeitliche Planbarkeit sowie ein hohes Interesse an einem Auslandssemester oder -praktikum.

In der Studiengangsbefragung wurde auch nach den Planungen nach Abschluss des Bachelorstudium gefragt (33% Masterstudium, 43% Berufstätigkeit/Praktikum/Volontariat). Weiterhin lagen Ergebnisse einer bayernweiten Absolventenbefragung der Studiengänge Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie Journalistik vor. Diese zeigen u.a., dass fast 40 Prozent der nach dem Bachelorabschluss arbeitenden Absolventen/-innen ihre erste Erwerbstätigkeit durch Praktika und/oder freie Mitarbeit gewonnen haben (allerdings auch 45 Prozent nach Studienabschluss des Bachelors mit einem Praktikum begonnen haben; bei Masterabsolventen/-innen hingegen nur fünf Prozent). Die Hauptarbeitsfelder nach Studienabschluss (B.A./M.A.) waren Journalismus (beide ca. 20%) und PR/Öffentlichkeitsarbeit (17%/25%) sowie Marketing (14%/12%).

Mit der Änderungssatzung wurden für den Bachelorstudiengang einige Anpassungen vorgenommen. Neben kleineren Änderungen wie beispielsweise der Einführung einer ‚Kurz-Hausarbeit‘, und einer Reduktion der Sprachmodule zeigt sich am auffälligsten die Umstrukturierung im Vertiefungsbereich durch Herausnahme der Module im Bereich „Lernen und Lehren mit Medien“, also der Mediendidaktik, sowie der „Digitalen Medien“.

Die Gutachtergruppe sieht eine sich mit den personellen und inhaltlichen Veränderungen am Institut deckende Weiterentwicklung des Studiengangs. Mit den oben genannten Einschränkungen – eine zumindest anteilige Berücksichtigung von Mediendidaktik wäre empfehlenswert – ist dies positiv zu werten. Auch zeigen die umfangreichen Erhebungen zur Studiengangsgestaltung und zu Absolventen, dass einerseits eine relativ hohe Zufriedenheit mit dem Studiengang besteht, andererseits für Bachelor- wie Masterabsolventen/-innen letztlich eine hohe Praxisrelevanz bedeutsam ist. Dies sollte – wie unter *Abschnitt 4.2* erwähnt – in der zukünftigen Entwicklung des Studiengangs beachtet werden.

5. Medien und Kommunikation (M.A.)

5.1 Profil, Qualifikationsziele/Intendierte Lernergebnisse

Der Masterstudiengang „Medien und Kommunikation“ wird seit 2004 im gleichen institutionellen und personellen Kontext wie der oben bewertete Bachelorstudiengang angeboten. Mit 123 Master- gegenüber 665 Bachelorstudierenden (Wintersemester 2015/16) ist er jedoch kapazitär geringer zu veranschlagen. Auch für den Masterstudiengang liegt eine Änderungsatzung vor, die hier im Folgenden einbezogen wird.

Die Qualifikationsziele des Masterstudiengangs sind in der Prüfungsordnung (inkl. den Ergänzungen der Änderungsatzung) wie folgt beschrieben (§ 3 PO MA MuK):

Der Masterabschluss bildet einen weiteren forschungsorientierten, kommunikationswissenschaftlich vertiefenden, berufsbefähigenden Abschluss des Studiums „Medien und Kommunikation“. Es werden Fähigkeiten und Kenntnisse zur multiperspektivischen Analyse von Phänomenen und neuen Entwicklungen im Medienbereich mit einer besonderen Fokussierung auf Medien- und Öffentlichkeitswandel, Gesundheits-, Umwelt- und Wissenschaftskommunikation und die Rolle von Medien in der Gesellschaft vermittelt. Der Masterstudiengang „Medien und Kommunikation“ baut auf einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss auf, in der Regel einem Bachelorgrad. Durch den Masterabschluss wird festgestellt, ob der Kandidat oder die Kandidatin die für seine oder ihre künftige Tätigkeit vertiefende kommunikationswissenschaftliche und methodische Fachkenntnisse und Kompetenzen erworben hat und fähig ist, nach wissenschaftlichen Methoden selbständig und reflektiert zu arbeiten. Die erworbenen vertiefenden Kenntnisse und Fähigkeiten qualifizieren für ein breites Spektrum kommunikationswissenschaftlicher Tätigkeitsfelder, im Besonderen für eine Promotion und akademische Karriere im Bereich Kommunikationswissenschaft sowie forschungsorientierte Tätigkeiten in der Medienpraxis (z.B. Mediaforschung, Meinungs- und Marktforschung) und Medienberufe mit höheren Qualifikationsanforderungen (z.B. im Bereich Medienmanagement, Journalismus und Medienproduktion, Strategische Kommunikation (Public Relations und Werbung)

In den Gesprächen vor Ort und im Antrag wurde für den Master die forschungsorientierte Ausrichtung betont, der „Fähigkeiten und Kenntnisse zur multiperspektivischen Analyse von Phänomenen und neuen Entwicklungen im Medienbereich mit einer besonderen Fokussierung auf Medien- und Öffentlichkeitswandel, auf Gesundheits-, Umwelt- und Wissenschaftskommunikation und auf die Rolle von Medien in der Gesellschaft“ (S. 41) vermittele. Auch in der Ordnung zur Eignungsprüfung (siehe Abschnitt 5.2) spiegelt sich dies wider: „Die forschungsorientierte Ausbildung geht deutlich über eine traditionelle Methodenausbildung in sozial- oder geisteswissenschaftlichen Studiengängen hinaus und befähigt zur Weiterentwicklung und Neukonzipierung von geeigneter Methoden in komplexen Anwendungssituationen“ (§ 1 Eignungsordnung).

Aus Sicht der Gutachtergruppe ist der deutlich forschungsorientierte Masterstudiengang hinsichtlich Qualifikationszielen und -profil schlüssig angelegt. Der berufspraktische Anspruch tritt hier in den Hintergrund, verschiedene Ansätze, Methoden und Formen der Kommunikationsforschung treten hervor. Positiv ist die mit den Änderungen erweiterte Darstellung der

Qualifikationsziele in der Prüfungsordnung zu erwähnen.

Weiterhin ist zu erwähnen, dass einer der Schwerpunkte im Masterstudiengang – ‚Gesundheitskommunikation‘ – sich gut in den hochschulweiten Schwerpunkt ‚Gesundheit‘ einpassen würde (*siehe auch Abschnitt 1.1 diese Berichts*).

5.2 Konzeption und Inhalte des Studiengangs

Der Masterstudiengang Medien und Kommunikation ist auf eine Regelstudienzeit von vier Semestern ausgelegt, in denen 120 CP zu erbringen sind. Ein Beginn ist nur zum Wintersemester möglich. Zugangsvoraussetzungen sind ein erster berufsqualifizierender (Bachelor-) Abschluss „eines sozial- oder geisteswissenschaftlichen Studiengangs, insbesondere in den Fachrichtungen Medien- und Kommunikationswissenschaften, Soziologie, Politikwissenschaft, Kulturwissenschaft oder Psychologie“ (§ 5 PO MA MuK, inkl. Änderungssatzung), englische Sprachkenntnisse (mind. B2) sowie das Bestehen des Eignungsverfahrens, das im Rahmen der PO-Änderung modifiziert wurde. Nach neuer Fassung wird aufgrund der genannten Nachweise (inkl. Nachweis der Studienleistungen/Diploma Supplement) in einer ersten Stufe nach den Kriterien Note, theoretisch-fachlicher Leistungsstand und methodisch-fachlicher Leistungsstand bewertet. Bei für geeignet befundenen Bewerber/-innen wird in der zweiten Stufe ein Auswahlgespräch von 15 Minuten geführt und ebenfalls bewertet. Ein entsprechend abschließender „Qualifikationswert“ entscheidet über eine mögliche Zulassung zum Studiengang.

In den Gesprächen vor Ort wurde das Auswahlverfahren thematisiert, unter anderem die Regelung, dass bei noch nicht vorliegender Bachelorgesamtnote diese aus den bisher erbrachten Leistungen entsprechend der jeweiligen Noten sowie (fiktiv) aus den noch ausstehenden Leistungsnachweisen mit einer Benotung mit 4,0 errechnet wird. Aus Sicht der Hochschulrechtsabteilung stellt dies keine Benachteiligung dar, weil so eine eventuelle Neubewertung noch nicht vorliegender Leistungen ausgeschlossen werde. Von Seite der Studiengangsverantwortlichen wurde das Auswahlverfahren bei aktuell ca. 160 Bewerbern/-innen insgesamt als aufwändig, aber lohnenswert beschrieben. So wähle man motivierte, gute Studierende primär entlang fachlicher Kenntnisse aus.

Der Studiengang gliedert sich in vier Modulgruppen: Lehrforschungsbereich, Vertiefungsbereich, Ergänzungsbereich sowie den abschließenden Qualifizierungsbereich. Im ersten Bereich werden zwei Wahlpflichtmodule belegt, je eines im Bereich „fortgeschrittene qualitative bzw. quantitative Verfahren“. In zwei aufeinander folgenden Semestern werden hier spezifische Methoden wie Qualitative Inhaltsanalyse oder Sekundär- und Metaanalyse im Rahmen eines zu entwickelnden, umzusetzenden und zu präsentierenden Forschungsprojektes vertieft (je 12 CP).

Ähnlich dem Bachelorstudiengang werden anschließend bzw. auch parallel drei Vertiefungsbereiche absolviert – Gesellschaft und Medien, Medien- und Öffentlichkeitswandel, Gesundheits-, Umwelt- und Wissenschaftskommunikation –, in denen jeweils zwei Module belegt werden müssen. (Auch hier sind diese Module als Wahlpflicht gekennzeichnet. Offenbar

handelt es sich aber um Pflichtmodule. Dies sollte nochmals überprüft werden.)

Ebenso sind in einem Ergänzungsbereich zwei Module (je 12 CP) zu wählen, die überfachliche Angebote („Ethik und Philosophie“, „Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung“ etc.), Sprachen oder das Modul „Begleitstudium“ umfassen. Letzteres ist vom Aufbau ähnlich dem entsprechenden Angebot im Bachelorstudiengang, jedoch mit erweiterten Prüfungsleistungen.

Beendet wird das Studium mit dem Modul „Abschlussqualifikation“, in dem innerhalb von sechs Monaten eine Masterarbeit im Arbeitsumfang von 24 CP erstellt wird. Begleitet wird dies von zwei weiteren Modulen: „Interdisziplinäre Vertiefung“ und „Masterseminar“ (je 6 CP). Während Studierende im letzteren die Masterarbeit (vor Abschluss) präsentieren und diskutieren, ist das erstere Modul offenbar als ein thematisch offenes Forschungskolloquium konzipiert, bei dem diverse Themen nochmals vertieft werden.

Die Module schließen mit nur einer Prüfungsleistung ab. Diese sind teils eindeutig dokumentiert, zum Teil als Alternativen aufgeführt.

Zur Mobilität der Studierenden siehe *Abschnitt 4.2 dieses Berichts*.

Die Gutachtergruppe bewertet die Konzeption des Studiengangs Medien und Kommunikation positiv und konsequent entsprechend des oben beschriebenen, stark forschungsorientierten Profils aufgebaut. Sowohl für die thematische wie die methodische Vertiefung bietet das Konzept ausreichend Raum – wohingegen berufspraktische Anteile zurücktreten. Für einen forschungsorientierten Masterstudiengang erscheint dies angemessen.

Im Rahmen der vorgenommenen personellen und (mit der Änderungsanzeige auch) inhaltlichen Umstellung sind im Vertiefungsbereich auch hier die Module zu ‚Digitalen Medien‘ und ‚Mediendidaktik‘ und entsprechende Themen weitgehend entfallen. Die Medienpädagogik und mediale Erwachsenenbildung ist aus Sicht der Gutachtergruppe jedoch ein – auch ebenso – beruflich relevanter Bereich. Die Studiengangsverantwortlichen sollten diesen Bereich in der Studiengangskonzeption zukünftig nicht gänzlich unberücksichtigt lassen.

Das Eignungsverfahren erscheint trotz seines hohen Aufwandes geeignet, die intendierten Funktionen zu erfüllen. Es ist detailliert und transparent hinsichtlich Ablauf und Kriterien beschrieben. Die bisherige Regelung, bei Bewerber/-innen mit noch nicht vorliegendem Bachelorabschluss die noch ausstehenden Leistungen pauschal mit 4,0 zu bewerten, sollte jedoch nochmals grundsätzlich überdacht werden, auch um unnötige Wartezeiten für wiederholte Bewerbungen zu verhindern.

5.3 Studierbarkeit

Die Module des Masterstudiengangs Medien und Kommunikation umfassen sechs oder zwölf ECTS-Punkte (Ausnahme: Abschlussmodul) und können innerhalb von zwei Semestern abgeschlossen werden. Spezielle Zugangsvoraussetzungen für einzelne Module sind

nicht vorhanden, sodass, wie auch im Studienverlaufsplan ersichtlich, eine weitgehend individuelle Strukturierung des Studienverlaufs möglich ist. Die Module werden mit nur einer Prüfung abgeschlossen. Je Modul ist eine begrenzte Auswahl an Prüfungsformen in der Prüfungsordnung dokumentiert und detailliert definiert.

Wie auch andere Fakultäten und Fächer an der Universität Augsburg (*siehe auch Abschnitt 1.3 dieses Berichts*) wurde für diesen Studiengang ein Modell einer unbegrenzten Wiederholbarkeit von Prüfungsleistungen bei gleichzeitiger Kappung der Studiendauer bei sechs Semestern gewählt. Die Gewährung von Nachfristen im Rahmen einer Härtefallreglung ist möglich. Die Masterarbeit kann nur einmalig wiederholt werden.

Von den Studierenden wurde vor Ort (und in einer separaten Stellungnahme) über keine Problem hinsichtlich der Studierbarkeit berichtet. Das Eignungsverfahren wurde als transparent bewertet.

Auch studienorganisatorische Aspekte wie Lehrveranstaltungsangebot, Anmeldeverfahren oder die Deckelung der Studiendauer wurden von Studierenden nicht negativ genannt. Ebenso konnte im Antrag dokumentiert werden, dass bisher (seit 2011) nur in einem Fall im Master auf Basis der Deckelung exmatrikuliert werden mussten. Aus den vorgelegten Studiendaten nach Semestern kann – wenn auch nicht kohortengenau – eine durchschnittliche Studiendauer von circa fünf Semestern abgeleitet werden.

Für den Masterstudiengang stehen – neben dem hochschulweiten Beratungsangebot – ein Fachstudienberaterin und die Studiengangskoordinatorin des Instituts als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung.

Die Gutachtergruppe sieht die Studierbarkeit des Studiengangs als gegeben an. Die Deckelungsgrenze von sechs Semestern hat offenbar zu keinen größeren Problemen geführt. Auch scheinen eine gute Beratung und Betreuung im Zusammenspiel mit einer überlegten Studiengangsplanung und engagierten Lehrenden den Studienfortschritt zu unterstützen.

5.4 Ausstattung

Siehe Abschnitt 4.4 dieses Berichts.

5.5 Qualitätssicherung, Weiterentwicklung

Siehe auch Abschnitt 1.5 für allgemeine Aspekte der Qualitätssicherung und Abschnitt 4.5 für gemeinsame Qualitätssicherungsaspekte der Lehreinheit.

Neben den aggregierten Ergebnissen der zentralen Lehrveranstaltungsevaluation für 2013-15 gelten auch die Auswertungen der bayernweiten Absolventenbefragung für Masterstudiengänge der Fachdisziplin für den vorliegenden Masterstudiengang (mit allerdings sehr geringer Rücklaufquoten oder Fallzahlen für einzelne Standorte). Eine eigenständige Studien-

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

5 Medien und Kommunikation (M.A.)

gangsbefragung lag hingegen nicht vor.

Mit der eingangs genannten Änderungssatzung wurden auch für den Masterstudiengang einige Veränderungen vorgenommen. Neben kleineren Anpassungen u.a. von Prüfungsleistungen (z.B. Einführung einer ‚Kurz-Hausarbeit‘), einer Reduktion der Sprachmodule und einer Modifikation (und Detaillierung) der Eignungsprüfung zeigt sich die in *Abschnitt 5.4* genannte Umstrukturierung im Vertiefungsbereich durch Herausnahme der Module im Bereich der Mediendidaktik und der „Digitalen Medien“. Zudem ist im Bereich Ergänzungsmodule das Modul Diskursforschung gestrichen und durch Ökonomie ersetzt worden.

Die Gutachtergruppe sieht eine sich mit den personellen und inhaltlichen Veränderungen am Institut deckende Weiterentwicklung des Studiengangs. Mit den oben genannten Einschränkungen – eine zumindest anteilige Berücksichtigung von Mediendidaktik, insbesondere im Kontext der Anforderungen einer digitalen, vernetzten Medienwelt, wäre empfehlenswert – ist dies positiv zu werten.

6. Erfüllung der Kriterien des Akkreditierungsrates

6.1 Qualifikationsziele des Studiengangskonzeptes

(Kriterium 2.1)

Das Kriterium 2.1 ist erfüllt.

Für die vier Studiengänge wurden in den Antragsunterlagen und den studienrelevanten Dokumenten fachliche und überfachliche Qualifikationsziele formuliert, die sich auf die wissenschaftliche Befähigung und die Befähigung, eine qualifizierte Erwerbstätigkeit aufzunehmen, die Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement und die Persönlichkeitsentwicklung beziehen.

Diese Qualifikationsziele sind in den Prüfungsordnungen transparent dokumentiert und werden in weiterer Form, u.a. auf der Homepage oder in Flyern, kommuniziert.

Siehe auch Abschnitte 1.1, 2.2 etc. dieses Berichts.

6.2 Konzeptionelle Einordnung der Studiengänge in das Studiensystem

(Kriterium 2.2)

Das Kriterium 2.2 ist weitgehend erfüllt.

Nach Ansicht der Gutachtergruppe erfüllen die vorliegenden Studiengänge die inhaltlichen Anforderungen des Qualifikationsrahmens für die Bachelor- bzw. Master-Ebene.

In den Bachelorstudiengängen wird das Wissen und Verstehen der Studierenden, aufbauend auf der Hochschulzugangsberechtigung, adäquat erweitert. Die Absolventen/-innen erlangen ein breites und integriertes Verständnis der wissenschaftlichen Grundlagen des jeweiligen Lerngebiets und verfügen über ein kritisches Verständnis der wichtigsten Theorien, Prinzipien und Methoden auf dem Stand der Fachliteratur. Sie werden befähigt, ihr Wissen auch auf praxisbezogene Tätigkeiten anzuwenden und damit Problemlösungen zu erarbeiten. Auch systemische und kommunikative Kompetenzen werden adäquat erweitert. Dabei wird auch die Fähigkeit herausgebildet, Informationen zu sammeln, zu interpretieren und daraus wissenschaftliche fundierte Urteile abzuleiten. Hierzu tragen insbesondere die Lehr-/Lernformen Seminar und Lehrforschungsprojekt bei. Zudem wird besonders auf eine grundlegende und breite (qualitative und quantitative) Methodenausbildung Wert gelegt. Durch verschiedene Prüfungsformen und Leistungen wie Referate, Hausarbeiten, Projektberichte etc. wird die kommunikative Kompetenz gestärkt.

In den beiden *Masterstudiengängen* wird das Wissen und Verstehen der Studierenden, aufbauend auf der Bachelor-Ebene und den jeweils auch fachlich definierten ersten Abschlüssen, in angemessenem Umfang wesentlich vertieft. Dabei ist in beiden Masterstudiengängen eine individuelle Schwerpunktsetzung möglich, die auch im Rahmen der Masterarbeit und damit zusammenhängenden Lehr- und Lernformen (Forschungsseminar, Masterseminar, Modul „Interdisziplinäre Vertiefung“) fortgeführt werden kann.

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

6 Erfüllung der Kriterien des Akkreditierungsrates

Die Studierenden werden damit in die Lage versetzt, die Besonderheiten, Grenzen, Terminologien und Lehrmeinungen der beteiligten Fächer zu definieren und zu interpretieren und darauf aufbauend eigene Ideen zu entwickeln und anzuwenden. Dabei erlangen sie ein detailliertes, primär forschungsbezogenes und kritisches Verständnis auf dem neusten Stand des Wissens in den jeweiligen Spezialgebieten. Auch systemische, instrumentale und kommunikative Kompetenzen werden in adäquater Weise weiter entwickelt – hier vor allem durch projekt- und praxisbezogene Lehr-/Lernformen.

Die Bachelorstudiengänge „Sozialwissenschaften“ und „Medien und Kommunikation“ umfassen jeweils 180 ECTS Punkte (CP) und sind auf eine Regelstudierendauer von sechs Semestern in Vollzeit ausgelegt. Die konsekutiven Masterstudiengänge „Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ und „Medien und Kommunikation“ umfassen jeweils 120 CP bei einer Regelstudienzeit von vier Semestern in Vollzeit. Dies entspricht den Vorgaben.

Für beide Bachelorstudiengänge ist keine Eignungsprüfung vorgesehen. Sie sind jedoch zulassungsbeschränkt; die Zulassung wird nach der Zulassungssatzung der Universität Augsburg (auf Basis des Bayerischen Hochschulzulassungsgesetzes) geregelt. Dabei wird für beide Bachelorstudiengänge die Note der Hochschulzugangsberechtigung herangezogen; beim Bachelorstudiengang Medien und Kommunikation diese aber nur zu 60 Prozent, während weitere 40 Prozent über eine studiengangsbezogene Berufsausbildung oder Berufstätigkeit ermittelt werden (bei Bewerber/-innen ohne entsprechende Ausbildung/Tätigkeit wird dieser Anteil mit 4,0 gewertet).

Für den Masterstudiengang „Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ ist keine Zulassungsbeschränkung ausgesprochen und kein Auswahlverfahren vorgesehen. Für den Masterstudiengang „Medien und Kommunikation“ ist keine Zulassungsbeschränkung in Kraft, jedoch ein fachlich basiertes und transparent dokumentiertes Auswahlverfahren vorgesehen (*siehe Abschnitt 5.2 dieses Berichts*). Die Gutachtergruppe bewertet dieses als adäquat.

In den Bachelorstudiengängen ist jeweils eine Abschlussarbeit im Umfang von 12 CP vorgesehen, in den Masterstudiengängen von 30 CP („Sozialwissenschaften“) bzw. 24 CP („Medien und Kommunikation“). Eine Vermischung der Studiengangssysteme liegt nicht vor. Die Abschlussbezeichnungen „Bachelor of Arts“ bzw. „Master of Arts“ entsprechen eindeutig den inhaltlichen Profilen der Studiengänge. Die Profile werden in den Diploma Supplements transparent gemacht.

Die Module der Studiengänge schließen in der Regel mit nur maximal einer Prüfungsleistung ab und sind jeweils innerhalb eines Jahres studierbar. In den Diploma Supplements wird eine relative Note (Notenspiegel) angegeben. Dies ist in den Prüfungsordnungen verankert (§ 20 Abs. 2 PO BA Sowi, § 22 Abs. 3 PO MA Konflikt, § 21 Abs. 2 PO BA MuK, § 21 Abs. 2 PO MA MuK). In den beiden Prüfungsordnungen der *Sozialwissenschaften* ist der studentische Arbeitsaufwand, der einem Leistungspunkt zu Grunde liegt, in den Ordnungen mit 30 Stunden angegeben (§ 9 Abs. 2 PO BA Sowi, § 10 Abs. 2 PO MA Konflikt). In den vorgelegten Prüfungsordnungen für die Studiengänge *Medien und Kommunikation* ist hingegen nur eine Bandbreite („von 25 bis 30 Stunden“; vgl. § 8 Abs. 2 PO BA MuK, § 9 Abs. 2 PO MA MuK)

genannt. Für diese beiden Studiengänge muss der konkrete Arbeitsaufwand in der Prüfungsordnung definiert werden.

Die Modulbeschreibungen enthalten weitgehend alle nötigen Angaben zu Inhalten und Qualifikationszielen des Moduls, den Lehrformen, der Lehr- und Lernsprache, den Voraussetzungen für die Teilnahme, der Verwendbarkeit des Moduls, den Leistungspunkten, der Häufigkeit des Angebots von Modulen, dem Arbeitsaufwand, die Voraussetzungen für die Vergabe von Leistungspunkten (Prüfungsleistungen) und der Dauer der Module. Für den Masterstudiengang „Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ muss die Darstellung des Moduls „Forschungsseminar“ entsprechend der Anmerkungen in *Abschnitt 3.2* dieses Berichts überarbeitet werden.

Ein Mobilitätsfenster ist für die Studiengänge nicht explizit vorgesehen. Durch die Anerkennungsregeln und die Studienplangestaltung wird jedoch auch generell die Möglichkeit nationaler und internationaler Mobilität eröffnet. Die Anrechnung entsprechender (im Ausland oder an anderen Hochschulen erbrachter) Studienleistungen ist entsprechend den Vorgaben der sog. Lissabon-Konvention geregelt (vgl. § 12 PO BA Sowi, § 13 PO MA Konflikt, § 11 PO BA MuK, § 12 PO MA MuK).

Die Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten ist jeweils in den gleichen Abschnitten der Prüfungsordnungen adäquat geregelt. Für die *Studiengänge „Medien und Kommunikation“* legen die Formulierungen jedoch eine Anerkennung nur von formal nachweisbaren (Prüfungs-)Leistungen nahe, obwohl explizit auch die Anerkennung von berufspraktisch erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten genannt wird (§ 11 PO BA MuK, § 12 PO MA MuK). Hier sollten bei einer Überarbeitung der Prüfungsordnungen Formulierungen ähnlichen den beiden sozialwissenschaftlichen Prüfungsordnungen gewählt werden.

Für den *Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften* muss zudem dokumentiert werden, wie sich in der Modulgruppe D „Wahlfach-/Sprachmodule“ die einzelnen Wahlmöglichkeiten gestalten.

6.3 Studiengangskonzepte (Kriterium 2.3)

Das Kriterium 2.3 ist weitgehend erfüllt.

Die Studiengangskonzepte umfassen die adäquate Vermittlung von Fachwissen sowie fachlichen und methodischen Kompetenzen in den jeweiligen Fächern und disziplinären Gegenstandsbereichen auf dem jeweiligen Niveau. Der Erwerb fachübergreifenden Wissens wird durch die Integration methodischer, praxisbezogener und ggf. interdisziplinärer Inhalte und Lehr-/Lernformen ermöglicht. Aus Sicht der Gutachterin und Gutachter sind die Studiengangskonzepte auf Bachelor- und Masterniveau in Hinblick auf die formulierten Qualifikationsziele aufgebaut.

Die Lehr- und Lernformen sind adäquat und umfassen eine breite, aber definierte Palette an

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

6 Erfüllung der Kriterien des Akkreditierungsrates

Veranstaltungsformen. Wo in den Studiengängen curricular integrierte Praxisanteile vorgesehen sind, werden diese zumeist betreut, bewertet und qualitätsgesichert, so dass Leistungspunkte vergeben werden können. (Siehe jedoch *Abschnitt 4.2 dieses Berichts* zur fehlenden Leistungsnachweis im Praktikumsmodul des Bachelorstudiengangs *Medien und Kommunikation*).

Die Zugangsvoraussetzungen für Bachelorstudiengänge sind in § 3 der Allgemeinen Prüfungsordnung der Universität Augsburg und der Hochschulzulassungssatzung der Universität Augsburg festgelegt. Für die beiden Masterstudiengänge sind die Zulassungsvoraussetzungen in den Prüfungsordnungen (§ 4 PO MA Sowi; § 5 PO MA MuK inkl. Änderungsatzung und Eignungsordnung). Sie sind adäquat.

Zu den Anerkennungsregeln bezüglich hochschulischer und außerhochschulischer Leistungen siehe Abschnitt 5.2 dieses Berichts.

Der Nachteilsausgleich für Studierende mit Behinderungen oder anderen Benachteiligungen ist in den Prüfungsordnungen insbesondere in den „Schlussbestimmungen“ geregelt (§§ 22f. PO BA Sowi, §§ 23f. PO MA Konflikt, §§ 22f. PO BA MuK, §§ 22f PO MA MuK). In den Prüfungsordnungen finden sich einzelne Regelungen zum Nachteilsausgleich z.B. bezüglich Prüfungen.

Die Umsetzung der Studiengangskonzepte ist aus Sicht der Gutachtergruppe sowohl konzeptionell wie auch in der Praxis gewährleistet.

Siehe auch Abschnitte 1.2, 2.2 etc. dieses Berichts.

6.4 Studierbarkeit

(Kriterium 2.4)

Das Kriterium 2.4 ist erfüllt.

Die Gutachtergruppe sieht die Studierbarkeit in allen vorliegenden Studiengängen als gewährleistet an. Die Eingangsqualifikationen werden in allen Fällen berücksichtigt. Auch ist eine Studienplangestaltung hinsichtlich der Überschneidungsfreiheit gewährleistet.

Die Prüfungsdichte und -organisation beeinträchtigen die Studierbarkeit nicht. Modulprüfungen können unbegrenzt wiederholt werden, Bachelor- oder Masterarbeiten je einmal. Im Gegenzug ist eine Deckelung der Studiendauer vorgesehen (*siehe Abschnitte 2.3, 3.3 etc.*). Sie hat die Studierbarkeit offenbar bisher nicht beeinträchtigt und nicht in signifikantem Maße zu Exmatrikulationen geführt hat. Härtefallregelungen sind vorgesehen und werden im Sinne der Studierenden angewandt.

Betreuungsangebote sowie fachliche und überfachliche Studienberatung sind gewährleistet.

Siehe auch Abschnitte 2.3, 3.3 etc. dieses Berichts.

6.5 Prüfungssystem

(Kriterium 2.5)

Das Kriterium 2.5 ist erfüllt.

Die Module der Studiengänge schließen in der Regel mit nur einer Prüfungsleistung ab. Die Prüfungen sind durchgängig modulbezogen. In den Prüfungsordnungen und Modulhandbüchern werden häufig mehrere alternative Prüfungsformen für ein Modul genannt. Diese sind jedoch ausführlich beschrieben und erscheinen als sinnvolle, funktional äquivalente Alternativen. Sie werden in den jeweiligen elektronischen Vorlesungsverzeichnissen oder spätestens zu Semesterbeginn eindeutig festgelegt.

Zum Nachteilsausgleich für Studierende mit Behinderungen siehe Abschnitt 6.3.

6.6 Studiengangsbezogene Kooperationen

(Kriterium 2.6)

Entfällt

6.7 Ausstattung

(Kriterium 2.7)

Das Kriterium 2.7 ist erfüllt.

Die Gutachtergruppe stellt fest, dass die Durchführung der Studiengänge auf Basis der vorliegenden Dokumentation gesichert ist. Die personelle Ausstattung ist in qualitativer und quantitativer Hinsicht adäquat. Dies gilt auch für die räumliche und sächliche Ausstattung.

Die finanzielle Durchführung der Studiengänge ist, da es sich um Angebote einer staatlichen Hochschule handelt, gesichert. Maßnahmen zur Personalentwicklung und -qualifizierung sind vorhanden und werden genutzt.

Zur Ausstattung siehe auch Abschnitte 2.4, 3.4 etc. dieses Berichts.

6.8 Transparenz und Dokumentation

(Kriterium 2.8)

Das Kriterium 2.8 ist weitgehend erfüllt.

Die für Studieninteressierte, Studienbewerber und Studierende relevanten Informationen zu den Studiengängen, d. h. zu den Qualifikationszielen, zu Studienverläufen, den Zugangsvoraussetzungen und den Nachteilsausgleichsregelungen für Studierende mit Behinderung oder mit außergewöhnlichen Belastungen sind in den Antragsunterlagen dokumentiert. Zusätzliche Informationen zu den Studiengängen werden auf den Homepages der Fakultät bzw. der Lehrstühle zur Verfügung gestellt.

Die Modulhandbücher sind ebenfalls dokumentiert. Für den Masterstudiengang „Sozialwissenschaft: Konflikte in Politik und Gesellschaft“ ist dies bezüglich eines Moduls jedoch noch zu überarbeiten und zu ergänzen.

6.9 Qualitätssicherung und Weiterentwicklung

(Kriterium 2.9)

Das Kriterium 2.9 ist teilweise erfüllt.

In den Antragsunterlagen wurden die Instrumente der Qualitätssicherung der Universität Augsburg und der Fakultät beschrieben. Das Qualitätssicherungssystem war auch Gegenstand der Gespräche vor Ort mit den beteiligten Statusgruppen.

Eine systematische, flächendeckende Lehrevaluation wird von zentraler Stelle hochschulweit angeboten und zum Teil auch umgesetzt. Darin integriert sind auch Fragen zum Zeitaufwand bzw. zur Arbeitsbelastung. Die Ergebnisse durchgeführten Evaluationen werden offenbar auch den Studierenden zur Verfügung gestellt. Die Evaluationen sind in ein aktuell im Ausbau begriffenes, breiteres Konzept des hochschulinternen Qualitätsmanagements integriert. Für alle vier vorliegenden Studiengänge wurde jedoch noch nicht deutlich, ob und wie Lehrevaluationen systematisch durchgeführt werden. Dies ist noch verbindlich zu regeln (*siehe auch Abschnitt 1.5*).

Eine hochschul- oder fakultätsweite Evaluationsordnung o.ä. existiert aktuell noch nicht. Durchgeführt wurden jedoch bisher in mehrjährigen Abständen universitätsweite Studierendenbefragungen, die beim Bachelorstudiengang „Medien und Kommunikation“ durch eine institutseigene Befragung ergänzt wurde.

Die Fakultät bzw. Fächer nehmen an hochschul- bzw. landes-/bundesweit organisierten Absolventenbefragungen teil. Die Gutachtergruppe bewertet die vorhandenen Instrumente und Prozesse der internen Qualitätssicherung als an sich adäquat, sieht jedoch noch Mängel in der systematischen Implementation.

Siehe auch Abschnitte 1.5, 2.5 etc. dieses Berichts.

6.10 Studiengänge mit besonderem Profilanspruch

(Kriterium 2.10)

Entfällt

6.11 Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit

(Kriterium 2.11)

Das Kriterium 2.11 ist erfüllt.

In allen vorliegenden Ordnungen sind Paragraphen zu den Schutzbestimmungen des Mut-

II Bewertungsbericht der Gutachter/-innen

6 Erfüllung der Kriterien des Akkreditierungsrates

terschutzgesetzes und der Elternzeit sowie zum Nachteilsausgleich für Studierende mit Behinderungen enthalten (siehe *Abschnitt 6.3*).

Die Unterstützungsangebote im Bereich der geschlechtlichen Gleichstellung und zur Unterstützung von Studierenden mit Familie wurden im Antrag dargestellt. Seit 2003 wird von der Universität ein Konzept zum Gender Mainstreaming entwickelt und im Rahmen von Maßnahmen umgesetzt.

Der Anteil weiblicher und männlicher Studierender ist in den beiden *sozialwissenschaftlichen Studiengängen* weitgehend ausgeglichen. In den beiden Studiengängen der *Medien und Kommunikation* ist hingegen der Anteil der Studentinnen sehr hoch (> 80 Prozent). Im Gespräch wurde von Hochschuleseite auf Gründe für dieses Ungleichgewicht verwiesen (u.a. hohe Bewerberzahlen mit entsprechend rigider, mehrheitlich notenabhängigen Auswahl) und der Wunsch genannt, auch männliche Studieninteressierte bzw. Studierende besonders zu motivieren bzw. zu unterstützen. Aus Sicht der Gutachtergruppe sollte dies weiter intensiviert werden.

Die universitäre Frauenbeauftragte (aktuell eine Professorin der Philologisch-Historischen Fakultät) ist zentrale Ansprechpartnerin bei Fragen der Gleichstellung und obligatorisches Mitglied der Erweiterten Universitätsleitung. In der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät nimmt eine Professorin mit zwei Stellvertreterinnen die Aufgaben einer Frauenbeauftragten wahr. Eine zentrale Familienservicestelle berät und unterstützt weiterhin Studierende mit Kindern. In Zusammenarbeit der Universität und dem Studentenwerk mit einem Verein werden seit ca. 2011 knapp 100 Betreuungsplätze für Kinder ab einem Jahr angeboten, die von Mitarbeitern/-innen und Studierenden genutzt werden können.

Die Gutachtergruppe sieht für die Studiengänge sowohl formal wie offenbar auch in der Praxis den Nachteilsausgleich für Studierende mit Behinderungen als gewährleistet an. Entsprechende unterstützende Maßnahmen wurden im Antrag dargestellt (Behindertenbeauftragter der Universität Augsburg, behindertengerechte Zugänge zu Gebäuden, Behindertenvertretung in Gremien). Gleiches gilt für ausländische Studierende, für die das Akademische Auslandsamt der Universität die zentrale Anlaufstelle ist.

Ebenso scheinen die Verantwortlichkeiten, Maßnahmen und Förderungsangebote im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter sinnvoll und unterstützenswert.

III Appendix

1 Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

III. Appendix

1. Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

Stellungnahme zum Akkreditierungsbericht: Universität Augsburg, Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät, Cluster-Akkreditierung SoWi und MuK

Sehr geehrter Herr Dr. Petersen,

Bezug nehmend auf Ihr via Email übermitteltes Schreiben vom 12.10.2016 nimmt die Universität Augsburg zu dem im Anhang dieses Schreibens befindlichen Gutachterbericht für die Studiengänge der Sozialwissenschaften und des Bereichs Medien und Kommunikation mit den folgenden Ausführungen Stellung.

Zu den im Gutachterbericht thematisierten Kritikpunkten sind aus Sicht der Universität – konkret der Universitätsleitung, der Qualitätsagentur, der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät (Dekan/Studiendekan) sowie der verantwortlichen Fachvertreter – die folgenden Erläuterungen und Klarstellungen zu geben.

1 Qualitätssicherung

Wie im Gutachterbericht in den Abschnitten 1.5 und 6.9 korrekt ausgeführt wird, existiert bereits „eine systematische, flächendeckende Lehrevaluation“, die von der Qualitätsagentur hochschulweit angeboten wird. Das Angebot bezieht sich dabei nicht nur auf die Evaluation von Lehrveranstaltungen, sondern auch auf Absolventenstudien, auf universitätsweite Studierendenbefragungen sowie das Pilotprojekt zur Erfassung der studentischen Arbeitsbelastung (Workload).

Je nachdem, um welche konkreten Evaluationsmaßnahmen es sich handelt, werden die Ergebnisse den entsprechenden verantwortlichen Akteuren (Dozierende, Studiengangsverantwortliche, Studiendekane/innen) zur Verfügung gestellt. Damit verbunden sind klare Empfehlungen von Seiten der Qualitätsagentur, wie mit den Ergebnissen umzugehen ist. Konkrete Umsetzungen zur Qualitätsverbesserung bzw. Qualitätssicherung sind somit auf der Ebene der jeweils adressierten Akteure vorzunehmen, was in der Gesamtschau – gemäß der Verfasstheit der Universität Augsburg – die Verantwortlichkeit der Fakultäten und Fächer stärken soll.

Den weiteren Ausführungen in den genannten Abschnitten muss jedoch insofern widersprochen werden, als die Lehrevaluationen auch an der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät durch die Qualitätsagentur in Kooperation mit dem Evaluationsbeauftragten der Fakultät und den Lehrstühlen bereits seit vielen Jahren *systematisch* durchgeführt wird. D.h.: Lehrveranstaltungsevaluationen finden auch an der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen

III Appendix

1 Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

Fakultät jedes Semester statt; die Lehreinheiten tragen dafür Sorge, dass die entsprechende anvisierte Zahl von Lehrveranstaltungen evaluiert wird. Dies geschieht auf ‚freiwilliger‘ Basis, wobei die Zahl der evaluierten Veranstaltungen deutlich über den Mindesterwartungen von je 25 % liegt (konkret bis zu mehr als 50%). Diese ‚freiwillige‘ Teilnahme an der Lehrveranstaltungsevaluation, die in Abschnitt 1.5 des Gutachterberichts thematisiert wird, ist zum einen nicht gleichzusetzen mit einer ins Belieben gestellten Entscheidung von Dozierenden für oder gegen eine Evaluation ihrer Lehrveranstaltungen. Vielmehr geht die Auswahl einher mit individuellen Meldungen und Absprachen in den Arbeitsbereichen (Lehrstühle, Professuren), welche Veranstaltungen je Semester für eine Evaluation geeignet sind und welche ausgenommen werden sollten. Die erhaltenen Ergebnisse werden an die Dozierenden rückgemeldet, zudem besteht die Empfehlung, sie mit den Studierenden zu besprechen und daraus ggf. noch im laufenden Semester Schlussfolgerungen für die konkreten Lehrveranstaltungen zu ziehen. Der Studiendekan erhält zur Prüfung alle Evaluationsergebnisse; er kann in besonderen Fällen, die es notwendig erscheinen lassen, gezielt auf einzelne Dozierende zugehen. Zudem werden in den an den Vizepräsidenten für Studium und Lehre zu richtenden Lehrberichten die jeweiligen Ergebnisse pro Studienjahr zusammengefasst. Insoweit besteht nicht nur ein umfangreiches Evaluierungssystem, sondern es existieren auch entsprechende Vorgaben zum Umgang mit den gewonnenen Ergebnissen.

Generell sieht die Universitätsleitung mit der Qualitätsagentur dieses flexible und ressourcenschonende Vorgehen keineswegs per se als problematisch an, sondern steht einem flächendeckenden Evaluationszwang und unflexiblen Verfahrensregulierungen kritisch gegenüber. Die geplante Evaluationsordnung soll deshalb in enger Abstimmung mit den Fakultäten weiterhin genau solche flexiblen, den jeweiligen fachlichen Anforderungen entsprechende Evaluationsmaßnahmen ermöglichen (von der Datenerhebung bis hin zu den aus den Auswertungen folgenden praktischen Umsetzungen von Verbesserungsmaßnahmen).

Mit Blick auf „Kriterium 2.9, Drs. AR 20/2013“ folgt aus Sicht der Universität Augsburg und der Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät die gegebene Praxis voll und ganz der genannten Regel für das Kriterium 2.9: *„Ergebnisse des hochschulinternen Qualitätsmanagements werden bei den Weiterentwicklungen des Studienganges berücksichtigt. Dabei berücksichtigt die Hochschule Evaluationsergebnisse, Untersuchungen der studentischen Arbeitsbelastung, des Studienerfolgs und des Absolventenverbleibs.“*

2 Sozialwissenschaften

2.1 B.A. Sozialwissenschaften

1) Umgang mit Auswertungssoftware (siehe Abschnitt 2.2 des Gutachterberichts):

Das Institut für Sozialwissenschaften bemüht sich gegenwärtig um die Akquise entsprechender Ressourcen, um Lehrangebote zum Erlernen und Vertiefen des Umgangs mit Auswertungssoftware im Bereich der quantitativen und qualitativen Methoden zu erweitern.

III Appendix

1 Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

2) Auswertung, Dokumentation und Zugänglichkeit von Praktika-Erfahrungen (siehe Abschnitt 2.2 des Gutachterberichts):

Ein entsprechendes Vorgehen, wie im Gutachterbericht empfohlen, wird bereits diskutiert und soll in den kommenden Semestern erprobt werden.

3) Dokumentation von Struktur und Inhalte der einzelnen Nebenfächer (siehe Abschnitt 2.2 des Gutachterberichts):

Der angemahnten besseren Transparenz zum Wahlpflichtbereich „Wahlfach-/Sprachmodule“ bezüglich der Ausgestaltung der hier wählbaren Nebenfächer soll im Rahmen einer Präzisierung in der Prüfungsordnung in den kommenden Semestern nachgekommen werden.

4) Homepage (siehe Abschnitt 2.3 des Gutachterberichts):

Zu der Tätigkeitsbeschreibung der unter 5) (siehe nächsten Absatz) genannten Koordinations-Dauerstelle gehört auch die Systematisierung und jeweils aktuelle Pflege der Homepage der sozialwissenschaftlichen Studiengänge, so dass für die Zukunft ein entsprechend gut strukturiertes und aktuelles Informationsangebot sichergestellt sein wird.

5) Koordinations-Dauerstelle (siehe Abschnitt 2.4 des Gutachterberichts):

Mit Beginn des Wintersemesters 2016/17 wurde – durch Umschichtung vorhandener Personalressourcen – eine Koordinations-Dauerstelle für alle sozialwissenschaftlichen Studiengänge eingerichtet.

2.2 Sozialwissenschaften: Konflikte in Politik und Gesellschaft (M.A.)

1) Deutlichere Herausstellung des Kernbegriffs ‚Konflikt‘ (siehe Abschnitt 3.1 des Gutachterberichts):

Bereits im laufenden Wintersemester 2016/2017 veranstaltet das Kollegium eine Vortragsreihe, in welcher die Kolleginnen und Kollegen zu ihrem Verständnis von Konflikten in ihren jeweiligen Teilbereichen vortragen. Auf dieser Grundlage und mit ähnlichen Vorhaben im Rahmen der Außendarstellung des Studiengangs wie auch in der Kommunikation mit den Studierenden wird das Institut die Breite und subdisziplinäre Tiefe des Konfliktbegriffs als spezifische Perspektive auf sozialwissenschaftliche Lehre und Forschung klären.

2) Erkennbarkeit der Bereiche Friedens- und Konfliktforschung sowie Diskursforschung (siehe Abschnitt 3.1 und 3.2 des Gutachterberichts):

Bereits die Lehrangebote im Orientierungsmodul zielen darauf, die genannten Bereiche deutlich hervorzuheben und zu akzentuieren. Die im vorherigen Punkt genannte Vortragsreihe thematisiert die beiden Bereiche ausdrücklich. Das Institut wird auch mit dem Instrument der Homepage die Prominenz dieser Bereiche herausstellen und in der Koordination des Lehrangebots darauf achten, dass beide Bereiche regelmäßig angeboten werden.

3) Auswertungssoftware (siehe Abschnitt 3.2 des Gutachterberichts):

Analog zum Bachelor-Studiengang ist das Institut für Sozialwissenschaften bemüht, auch für den Master-Studiengang entsprechender Ressourcen zu akquirieren, um Lehrangebote zum

III Appendix

1 Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

Erlernen und Vertiefen des Umgangs mit Auswertungssoftware im Bereich der quantitativen und qualitativen Methoden erweitern zu können.

4) Aufgabe und Struktur des Moduls „Forschungsseminar“ (siehe Abschnitt 3.2 des Gutachterberichts):

Das Institut für Sozialwissenschaften wird in den künftigen Fassungen des Modulhandbuches die Aufgabe und Struktur des Forschungsseminars und seines möglichen Zusammenhangs mit bzw. die Differenz zum Masterarbeits-Modul klären, so dass rechtzeitig mit dem erstmaligen Angebot dieser Module die entsprechende Transparenz vorhanden sein wird.

3 Medien und Kommunikation

3.1 B.A. Medien und Kommunikation

1) Ausweisung von Wahlpflichtmodulen (siehe Abschnitt 4.2 des Gutachterberichts):

In je einem Wahlpflichtmodul „Quantitative“ bzw. „Qualitative Verfahren“ wird dann ein Lehrforschungsprojekt absolviert, wobei eine thematische Auswahl möglich ist, beispielsweise „Befragung“ oder „Experiment“ im quantitativen oder „Qualitative Inhaltsanalyse“ oder „Gruppendiskussion“ im qualitativen Bereich. Dabei werden nicht alle Methoden/Lehrveranstaltungen in jedem Semester angeboten. Weiterhin sind in drei Vertiefungsbereichen – „Rezeptions- und Wirkungsforschung“, „Öffentliche Kommunikation“ und „Medienrealität“ – jeweils zwei Module zu belegen. (In der – geänderten – PO sind diese Module als Wahlpflicht gekennzeichnet. Offenbar handelt es sich aber um Pflichtmodule. Dies sollte nochmals überprüft werden.) (S. 22)

Die Ausweisung als Wahlpflichtmodule ist korrekt und entspricht der an der Universität üblichen Unterscheidung von Pflicht- und Wahlpflichtmodulen. Für die Vertiefungsbereiche sind in der PO zwei Module angefügt, die zukünftig durch weitere Wahlpflichtmodule zu den jeweiligen Vertiefungsbereichen ergänzt werden können und dadurch ein breiteres Studienangebot und eine individuellere Schwerpunktsetzung ermöglichen, die entsprechenden Regelungen finden sich in § 14 Abs. 2 Satz 2 bis 5 der Bachelorprüfungsordnung.

2) Berufspraktische Befähigung im Studium (siehe Abschnitt 4.2 des Gutachterberichts):

„Wie in Abschnitt 4.1 schon erwähnt, wird die berufliche Befähigung zwar in den Qualifikationszielen prägnant herausgestellt, tritt in der konkreten Studiengangskonzeption dann aber doch in den Hintergrund bzw. ist der individuellen Nutzung der Wahlmöglichkeiten im Bereich „Medien- und Kommunikationspraxis“, im Ergänzungsbereich, beim Praktikum oder durch extracurriculare Aktivitäten (z.B. im Campus-Radio oder Campus-TV) überlassen. Auch von Seite der Studierenden wurde explizit ein höherer Praxisbezug gewünscht.

Die Gutachtergruppe empfiehlt deshalb, die postulierte ‚Praxis‘ im Studiengangskonzept weniger nur als ‚Forschungspraxis‘ als auch als ‚berufliche Praxis‘ außerhalb von Forschungskontexten zu verstehen und entsprechende Komponenten konzeptionell zu stärken.“ (S. 23)

Der Einwand, dass der Praxisanteil der individuellen Nutzung der Wahlmöglichkeiten überlassen ist, traf für die alte Studienordnung zu, nicht aber für die deutlich veränderte neue Studienordnung (welche Gegenstand der Akkreditierung war). Ab dem WS 2016/17 sind folgende Veranstaltungen verpflichtend im Kerncurriculum integriert:

III Appendix

1 Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

- Verpflichtendes Berufspraktikum (10 ECTS)
- Vorlesung Medienberufe, die den Studierenden bereits im ersten Semester vielfältige praxisnahe Einblicke durch verschiedenste Gastdozenten in ein breites Portfolio an Medienberufen ermöglicht (Teil des 12 ECTS-Moduls „Grundlagen der Kommunikationswissenschaft 2“). Studierende können dadurch früh Präferenzen für interessante Berufsfelder entwickeln, Praktikumsinteressen fokussieren und Kontakte in die jeweiligen Branchen knüpfen.
- Weiterhin werden verpflichtend 12 ECTS bei Lehrbeauftragten aus der Medienpraxis im Rahmen des Moduls „Medien- und Kommunikationspraxis“ von den Studierenden belegt. Im Rahmen des Moduls geben Lehrbeauftragte aus verschiedenen medienrelevanten Berufsfeldern wie Journalismus, PR, Social Media oder Marktforschung praktische Seminare, die Einblicke in den jeweiligen Berufsalltag ermöglichen. Diese Praxisseminare entsprechen damit den von der HRK aufgezeigten berufspraktischen Lehrinhalten:

„Zum Beispiel können projekthaft angelegte Seminare, in denen ein Praxisprojekt bearbeitet wird, oder Modulblöcke, die von Personen aus der Berufspraxis gelehrt werden und in denen schwerpunktmäßig selbige thematisiert wird angeboten werden“ (HRK Bologna Zentrum, 2008, S. 34).

In den angeführten Modulen ist eine individuelle Schwerpunktsetzung in verschiedenen Berufsfeldern möglich, die es den Studierenden erlaubt, spezifische Berufsfeldinteressen zu vertiefen. Darüber hinaus können 12 weitere ECTS im Ergänzungsbereich gemäß den individuellen Interessen von Studierenden erbracht werden. In einem Ergänzungsmodul kann im Rahmen des Begleitstudiums (siehe Studienverlaufsplan) auch Engagement im Rahmen des Campus-Fernsehens oder Radios mit 12 ECTS creditiert werden. Die Aussage, diese seien „extracurriculare Aktivitäten (z.B. im Campus-Radio oder Campus-TV)“ (Akkreditierungsbericht S. 26) ist insofern nicht zutreffend.

Vergleichbare Bachelorstudiengänge in Kommunikationswissenschaften liegen in der Regel unter diesem Anteil (z.B. LMU Bachelor Kommunikationswissenschaft: 21 ECTS). Neben diesem relativ starken berufspraktischen Anteil ist im neuen Studienkonzept auch ein hoher forschungspraktischer Anteil, vor allem in Methoden- und vertiefenden Projektseminaren, im Curriculum ausgewiesen. Begrifflich wird dieser Trennung durch die Unterscheidung von Projekt- und Praxisseminaren begegnet.

Die vollzogene Umstrukturierung des Studienkonzepts hat demnach den berufspraktischen Anteil im Studium deutlich erhöht – auch im Vergleich zu anderen allgemein kommunikationswissenschaftlichen Studiengängen. Zudem ist eine Feinheit in der Stellungnahme der Fachschaft zur Akkreditierung zu beachten, die im Akkreditierungsbericht eine Bedeutungsverschiebung erfahren hat. In der Stellungnahme der Fachschaft wird ausdrücklich die Aufrechterhaltung des berufspraktischen Lehrangebotes gefordert, nicht aber ein weiterer Ausbau, wie es derzeit im Akkreditierungsbericht formuliert ist:

„Ein großer Teil der Studierenden wünscht sich, dass auch das Angebot von Seminaren, die an verschiedene potenzielle Berufsfelder anknüpfen, weiterhin aufrecht erhalten wird.“ (Stellungnahme der Fachschaft im Gutachterbericht)

III Appendix

1 Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

Die angeführten Ergebnisse der Studierendenbefragung 2015 (Akkreditierungsbericht, S. 26), die hier zu einer „kritischere[n] Bewertung bezüglich geringer Praxisorientierung und beruflicher Vorbereitung“ führen, sind auf Grund des Zeitpunktes eindeutig und ausschließlich auf die alten Studienordnung zu beziehen. Eben diese Befragung stellte für das Institut einen der Anlässe dar, um die berufspraktischen Inhalte wie geschehen im Kerncurriculum der neuen PO zu verankern. Der Akkreditierungsbericht sollte also bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigen, dass die neue Studienordnung bereits eine umfassende Stärkung der Berufspraxis vorsieht.

3) Praktikumsvergütung (siehe Abschnitt 4.2 des Gutachterberichts):

Auch sollte in der Organisation der Praktika darauf geachtet werden, möglichst bezahlte Praktika anzubieten. (S. 23)

Der Studiengang sieht die Anrechnung eines Praktikums auf die Studienleistungen vor. Es wäre jedoch ein Missverständnis zu sagen, dass der Studiengang Praktika anbietet (siehe hierzu folgende Formulierung im Akkreditierungsbericht: „Auch sollte in der Organisation der Praktika darauf geachtet werden, möglichst bezahlte Praktika anzubieten“; S.23). Die Studierenden haben die Wahl zwischen verschiedenen Unternehmen, die Praktika anbieten und können selbstverständlich die Auswahl auch nach der Vergütung vornehmen. Die Vergütung eines Pflichtpraktikums ist immer als unterstützenswerte und sinnvolle, aber dennoch freiwillige Leistung des Anbieters anzusehen.

Nun muss man das Problem aber auch in einen adäquaten Rahmen rücken, um dessen Reichweite abzuschätzen: Denn obwohl eine Vergütung freiwillig ist, ist der Großteil der Praktikumsangebote bezahlt. Beispielsweise listet die regionale Praktikumsbörse, die vom Career Service der Universität Augsburg betrieben wird, im Bereich Medien und Kommunikation derzeit (Stand 20.10.2016) 111 vergütete und 11 nicht vergütete Praktikumsangebote auf.

4) Praktikumsorganisation (siehe Abschnitt 4.3 des Gutachterberichts):

Lediglich das für das dritte Semester vorgesehene Praktikum sei schwierig im Studienverlauf zu integrieren. Es gestalte sich oft schwierig, Praktikumsstellen als Bachelorstudierende/-r im schon ersten oder zweiten Semester zu akquirieren, bzw. Praktikumsgeber zu finden, die Studierende zu einem so frühen Zeitpunkt im Studium aufnehmen. (S. 24)

Im Studienverlaufsplan zur neuen Studienordnung ist für das Praktikum ein Korridor zwischen dem 2. und 5. Semester ausgewiesen (siehe Studienverlaufsplan). Die genaue Platzierung ist abhängig von der Belegung der Ergänzungsmodule, die ebenfalls frei zwischen dem 2. und 6. Semester im Studienverlauf platzierbar sind, sowie der Module im Bereich Medien- und Kommunikationspraxis. In beiden Modul-Bereichen ist ein solch breiter Korridor markiert, da diese nicht in einer aufbauenden Logik belegt werden müssen. Durch diese freie Platzierung von insgesamt 46 ECTS im Studienverlauf soll eine größtmögliche Flexibilität für die Studierenden gewährleistet werden.

III Appendix

1 Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

5) Inhaltliche Umgestaltung, Relevanz von Medienpädagogik (siehe Abschnitt 4.2 des Gutachterberichts)

Im Rahmen der vorgenommen personellen und (mit der Änderungssatzung auch) inhaltlichen Umstellung sind im Vertiefungsbereich Module zu „Lernen und Lehren mit Medien“/Mediendidaktik weitgehend entfallen. Die Medienpädagogik und mediale Erwachsenenbildung ist aus Sicht der Gutachtergruppe jedoch ein – auch ebenso beruflich – relevanter Bereich. Die Studiengangsverantwortlichen sollten diesen Bereich deshalb zukünftig in der Studiengangskonzeption nicht ganz ausschließen. (S. 23)

Die inhaltliche Umgestaltung mit einer Fokussierung auf Kommunikationswissenschaft im Kerncurriculum entspricht den Studieninteressen, sowie der beruflichen Orientierung der Studierenden. Wie den Studierendenbefragungen im Anhang E2 – E4 zu entnehmen ist, sehen beispielsweise im Jahr 2015 nur 1,4 % der Studierenden ihre berufliche Zukunft in der Erwachsenen- bzw. Weiterbildung und 3,8 % in der Medienarbeit mit Kindern. Schwerpunktmäßig werden indes die Bereiche Public Relations (11,3 %), Öffentlichkeitsarbeit (10,7 %), Werbung (10,2 %), Marketing (10,3 %), Unternehmenskommunikation (9,9 %), Fernsehen (7,5 %) genannt. Das Interesse am Fachbereich Mediendidaktik wird im Vergleich zu den anderen Fachbereichen entsprechend als deutlich geringer angegeben (siehe Anhang E3).

Trotz des geringen Studierendeninteresses schließt die Studiengangskonzeption den Bereich der Medienpädagogik nicht aus. Es besteht auch in der neuen Studienordnung die Möglichkeit, sich grundlegende Kenntnisse in diesem Bereich anzueignen (im Umfang von maximal 24 ECTS). Studierende, die Interesse an dem Bereich Medienbildung haben, können den neu geschaffenen Ergänzungsbereich „Medienbildung und Digitale Medien“ im Umfang von 12 ECTS belegen. Darüber hinaus ist die Psychologie an der Universität Augsburg primär auf pädagogische Psychologie ausgerichtet, was sich auch an dem Nebenfachangebot im Ergänzungsbereich Psychologie zeigt (ebenfalls 12 ECTS). Beispielsweise werden in diesem Semester im Ergänzungsbereich Psychologie die Seminare „Mediengestütztes Lernen in Gruppen“ sowie „Medienkompetenztrainings: Entwicklung, Durchführung und Evaluation“ angeboten, die einen explizit medienpädagogischen Inhalt aufweisen (siehe Modulhandbuch S. 96). Diese Verschiebung in den Wahlpflichtbereich spiegelt daher die Interessen der Studierenden bestmöglich wider.

3.2 M.A. Medien und Kommunikation

1) Ausweisung von Wahlpflichtmodulen (siehe Abschnitt 5.2 des Gutachterberichts):

Ähnlich dem Bachelorstudiengang werden anschließend bzw. auch parallel drei Vertiefungsbereiche absolviert – Gesellschaft und Medien, Medien- und Öffentlichkeitswandel, Gesundheits-, Umwelt- und Wissenschaftskommunikation –, in denen jeweils zwei Module belegt werden müssen. (Auch hier sind diese Module als Wahlpflicht gekennzeichnet. Offenbar handelt es sich aber um Pflichtmodule. Dies sollte nochmals überprüft werden.) (S. 29f)

Die Ausweisung als Wahlpflichtmodule ist auch hier korrekt. Analog zum Bachelor (1.1) sind in der PO zwei Module angefügt, die zukünftig durch weitere Wahlpflichtmodule zu den je-

III Appendix

1 Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

weiligen Vertiefungsbereichen ergänzt werden können, hier finden sich die entsprechenden Regelungen in § 15 Abs. 2 Satz 2 bis 5 der Masterprüfungsordnung.

2) Inhaltliche Umgestaltung, Relevanz von Medienpädagogik (siehe Abschnitt 5.2 des Gutachterberichts)

„Die Medienpädagogik und mediale Erwachsenenbildung ist aus Sicht der Gutachtergruppe jedoch ein – auch ebenso – beruflich relevanter Bereich. Die Studiengangsverantwortlichen sollten diesen Bereich in der Studiengangskonzeption zukünftig nicht gänzlich unberücksichtigt lassen.“ (S. 30)

Die inhaltliche Umgestaltung entspricht dem geringen Interesse der Studierenden am Fachgebiet Medienpädagogik (siehe Bachelor Punkt 1.5). Die neue Studienkonzeption im Masterstudiengang Medien und Kommunikation bietet eine Fokussierung auf kommunikationswissenschaftlich hoch relevante Forschungsfelder wie die Gesundheits- und Umweltkommunikation.

Während es durchaus sinnvoll erscheint, das genannte Wahlangebot im Bachelor anzubieten (siehe Bachelor Punkt 1.5) und vom bestehenden Angebot aus der Medienbildung auch getragen wird, soll der Master eine inhaltliche Spezifizierung und Fokussierung auf Masterniveau leisten. Eine polyvalente Nutzung des Ergänzungsmoduls für den Bachelor- und Master-Studiengang würde den Auslegungshinweisen der ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß Beschluss des Akkreditierungsrates vom 12.2.2010, zuletzt geändert am 3.6.2013, widersprechen. Diese erlauben eine eingeschränkte polyvalente Nutzung nur, wenn es dem Gesamtqualifikationsziel des Masters dient.

Sofern es von Studierenden erwünscht ist, Inhalte in diesem Bereich zu integrieren, kann im Rahmen des Ergänzungsmoduls Begleitstudium ein medienpädagogisches Projekt gewählt werden.

3) Regelung der 4,0-Verrechnung im Eignungsverfahren (siehe Abschnitt 5.2 des Gutachterberichts):

Die bisherige Regelung, bei Bewerber/-innen mit noch nicht vorliegendem Bachelorabschluss die noch ausstehenden Leistungen pauschal mit 4,0 zu bewerten, sollte jedoch nochmals grundsätzlich überdacht werden, auch um unnötige Wartezeiten für wiederholte Bewerbungen zu verhindern. (S. 30)

Die Regelung der 4.0-Verrechnung ist die derzeit in Bayern zulässige rechtliche Regelung, um Studierende, die noch keinen Studienabschluss erzielt haben, überhaupt einen Zugang zum Verfahren zu ermöglichen. Da die große Mehrheit der Masterbewerber zum Studienangang Medien und Kommunikation zum Bewerbungszeitpunkt noch keinen fertigen Studienabschluss vorlegen kann, würde die Bewerberzahl deutlich reduziert werden, wenn nur Bewerber mit fertigem Studienabschluss berücksichtigt werden könnten. Dies würde die oben angesprochenen Wartezeiten für eine deutlich größere Anzahl an Studieninteressentinnen und Studieninteressenten verlängern.

Eine alleinige Beachtung der bis dato erzielten Studienleistungen birgt das immense Problem bedingter Zulassungen, bei denen ein zu erzielender Gesamtschnitt ausgewiesen wird,

III Appendix

1 Stellungnahme der Hochschule vom 02.11.2016

der letztlich erfüllt werden muss. Studentinnen und Studenten müssen dann bei Verfehlung der nötigen Abschlussnote exmatrikuliert werden. Aus unserer Sicht wiegt die Gefahr einer Exmatrikulation nach einem oder zwei Semestern im Masterstudium für die Mehrheit der Studienanfänger deutlich mehr als eine für wenige Studierende überhaupt entstehende Wartezeit durch die derzeitige Regelung.

4) Festlegung des konkreten Arbeitsaufwands für ECTS-Punkte (siehe Abschnitt 6.2 des Gutachterberichts):

In den vorgelegten Prüfungsordnungen für die Studiengänge Medien und Kommunikation ist hingegen nur eine Bandbreite („von 25 bis 30 Stunden“; vgl. § 8 Abs. 2 PO BA MuK, § 9 Abs. 2 PO MA MuK) genannt. Für diese beiden Studiengänge muss der konkrete Arbeitsaufwand in der Prüfungsordnung definiert werden. (S. 34f)

Dem Hinweis gemäß werden die entsprechenden Änderungen zur Konkretisierung in beiden Prüfungsordnungen vorgenommen.

5) Anrechnung von Kompetenzen (siehe Abschnitt 6.2 des Gutachterberichts):

Die Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten ist jeweils in den gleichen Abschnitten der Prüfungsordnungen adäquat geregelt. Für die Studiengänge „Medien und Kommunikation“ legen die Formulierungen jedoch eine Anerkennung nur von formal nachweisbaren (Prüfungs-)Leistungen nahe, obwohl explizit auch die Anerkennung von berufspraktisch erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten genannt wird (§ 11 PO BA MuK, § 12 PO MA MuK). Hier sollten bei einer Überarbeitung der Prüfungsordnungen Formulierungen ähnlichen den beiden sozialwissenschaftlichen Prüfungsordnungen gewählt werden. (S. 35)

Hier erscheint eine genauere Spezifizierung des Hinweises erforderlich. Paragraph 12 zur Anrechnung von Kompetenzen der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften vom 20. Juli 2016 ist identisch zu Paragraph 11 der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Medien und Kommunikation vom 22. Juni 2016. Einziger redaktioneller Unterschied ohne inhaltliche Bedeutung ist die einmalige, unterschiedliche Verwendung des Wortes „oder“ (§ 11 PO BA MuK, Abs. 3) und „bzw.“ (§ 12 PO BA Sozialwissenschaft, Abs. 3). Beide Formulierungen stimmen zudem mit den Formulierungen der Änderungssatzungen überein, wie sie im Anhang zur Selbstdokumentation enthalten sind. Schließlich stimmen die Regelungen der Prüfungsordnungen jedes Studiengangs mit Art. 63 BayHSchG in der Bestimmung der materiell anrechenbaren Leistungen, überein; hierzu gehören auch berufspraktisch erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten.

Für weitere Nachfragen stehen ich, die Qualitätsagentur, die Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät sowie die jeweiligen Studiengangsverantwortlichen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Werner Schneider